

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin Pfeiffer-Poensgen. – Es liegen mir jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Landesregierung hat ihre Redezeit um ein paar Minuten überzogen. Wie ich sehe, ändert dies aber nichts daran, was die Wortmeldungen betrifft.

Insofern schlage ich vor, dass wir zu dem kommen, weswegen wir hier zusammengekommen sind, nämlich zur Abstimmung.

Zur Abstimmung steht die Beschlussempfehlung und der Bericht des Ausschusses Drucksache 17/1506. Darin hat der Haushalts- und Finanzausschuss empfohlen, diesen Einzelplan 06 unverändert anzunehmen. Wer stimmt dem so zu? – CDU und FDP stimmen zu. Wer stimmt dagegen? – SPD, Grüne und AfD sowie die drei fraktionslosen Abgeordneten stimmen dagegen. Gibt es Enthaltungen im Hohen Haus? – Enthaltungen sehe ich nicht. Damit ist der **Einzelplan 06 in zweiter Lesung** mit der Koalitionsmehrheit des Hohen Hauses **angenommen**.

Bevor ich nun den Einzelplan 02 aufrufe, muss ich im Nachgang zu TOP 1, Einzelplan 04, eine nichtförmliche Rüge aussprechen. Sie betrifft Herrn Abgeordneten Röckemann von der AfD-Fraktion. Herr Röckemann, Sie haben sich während Ihrer Rede mit der Äußerung zur Kriminalstatistik unparlamentarisch verhalten. Die verwendete Formulierung werde ich hier nicht wiederholen. Ich ermahne Sie aber ausdrücklich und fordere Sie auf, derartige Äußerungen zukünftig zu unterlassen. Sie wissen, worum es geht. Sollten Sie es nicht wissen, prüfen Sie es bitte selbst noch einmal nach. Wenn Sie dies noch einmal wiederholen würden, müsste eine förmliche Rüge ausgesprochen werden.

Nun rufe ich auf:

Einzelplan 02 Ministerpräsident

- a) Staatskanzlei**
- b) Europa und Internationales**
- c) Sport**
- d) Medien**

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/1502

Änderungsantrag

der Fraktion der AfD
Drucksache 17/1542

Wir beginnen mit dem Abschnitt

a) Staatskanzlei

(Unruhe)

– Das scheint ja ein heiteres Thema zu sein, auf das Sie sich alle freudig einstimmen, wenn ich den Lärmpegel richtig einschätze.

(Anhaltende Unruhe)

Nachdem es nun angenehm leise geworden ist – das war Ironie –, rufe ich zum Einzelplan 02 für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Müller-Witt auf.

Elisabeth Müller-Witt (SPD) Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dem vorliegenden Haushaltsplan für Staatskanzlei und Ministerpräsident scheint man – das meine ich jetzt nicht bezogen auf das Plenum – keine größere Beachtung zu schenken oder schenken zu wollen. Nicht anders ist es zu erklären, dass das Ergebnis des Berichterstattergesprächs zu diesem Einzelplan erst 24 Stunden vor der entscheidenden Beratung im Hauptausschuss vorlag – und dies, obwohl die Geschäftsordnung des Landtags klar und deutlich besagt, dass dieses Ergebnis die Grundlage der Beratungen bilden soll. Das hier an den Tag gelegte Verfahren missbilligen wir ausdrücklich.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Nun aber im Einzelnen: Der Einzelplan zeichnet sich ähnlich wie schon andere Einzelpläne durch einen umfänglichen Stellenaufwuchs aus. Man gönnt sich was. Dabei spreche ich nicht von den entfristeten Stellen, sondern von den zusätzlichen weiteren Stellen. Gerechtfertigt werden diese neuen Stellen unter anderem durch das neue Referat „Gesellschaftliche und ökonomische Grundsatzfragen“, ein Referat, dessen Aufgabenstellung bislang noch völlig unklar ist. Das nährt die Vermutung, dass zunächst der Wunsch nach einer Einstellung zusätzlicher Kräfte vorhanden war und man dann einen passenden, aber nicht allzu konkreten Titel formuliert hat.

Eine weitere Aufstockung hat das Referat Ehrenamt erfahren. Was auf den ersten Blick positiv erscheint, weist bei dem Versuch der Detailanalyse jedoch zahlreiche weiße Flecken auf – weiße Flecken, die durch das Berichterstattergespräch nur unzulänglich Konturen erahnen lassen. Umso unverständlicher ist die Tatsache, dass der Hauptausschuss bis heute darauf wartet, dass die zuständige Staatssekretärin über die Pläne der Regierung informiert.

Auch insgesamt entstand im Hauptausschuss der Eindruck, dass von Regierungsseite die Information des Ausschusses nicht unbedingt als Bringschuld verstanden wird. So wurde eine sogenannte kleine Regierungserklärung erst auf Antrag der SPD-Fraktion abgegeben.

Auch die Schaffung einer weiteren Führungsstelle im Landespresse- und Informationsamt ist trotz der Begründung mit der Neukonzeptionierung der Medienarbeit der Landesregierung nicht nachvollziehbar. Eine Erklärung im Unterausschuss Personal lautete,

der Pressespiegel solle auf neue Füße gestellt werden. Inwiefern hierfür derart hohe Personalressourcen erforderlich sind, mag die Landesregierung erklären.

(Martin Börschel [SPD]: Presseartikel kommen auch nicht rein!)

Gleiches gilt auch für die weiteren in diesem Amt neu geschaffenen Stellen. Dieser Stellenaufwuchs dürfte mutmaßlich weniger den geänderten Ansprüchen an Medienarbeit geschuldet sein als vielmehr der Eigenvermarktung der Mitte-rechts-Koalition – oder, um es mit den Worten des Kollegen Optendrenk aus seiner Rede zum Haushalt 2016 zu sagen: Offensichtlich geht es hier darum, die politische Außendarstellung zu optimieren.

Weiterhin findet sich auch in diesem Jahr der NRW-Tag im Einzelplan 02. Allerdings hat sich bis jetzt offensichtlich noch keine Kommune gefunden, die ihn gemeinsam mit dem Land im Jahr 2018 ausrichten möchte. Die Zeit zur Planung eines NRW-Tages dürfte mehr als knapp sein. Der Schluss liegt nahe, dass es sich bei dieser Haushaltsstelle also nur um eine Luftbuchung handelt, die lediglich zum Bunkern von Reserven für einen sich bei Gelegenheit findenden passenden Zweck dienen soll.

Zum Abschluss noch ein Lob: Auch in diesem Haushalt sind die vielfach gescholtenen „TatKraft“-Tage wieder etatisiert worden. Offensichtlich möchte Ministerpräsident Laschet diese von der ehemaligen Ministerpräsidentin Hannelore Kraft eingeführten Besuche fortführen, obwohl der Kollege Optendrenk die „TatKraft“-Tage noch bei den letzten Haushaltsberatungen als Praktikum der Ministerpräsidentin klassifizierte und sie als keinen sorgsamen Umgang mit Steuergeld bezeichnete. So schnell ändern sich die Zeiten!

Abschließend bleibt das Fazit zum Haushalt von Staatskanzlei und Ministerpräsident: unverhältnismäßiger Stellenaufwuchs, Schaffung neuer Haushaltsstellen ohne fundiertes Konzept. Dafür können Sie nicht allen Ernstes unsere Zustimmung verlangen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und Monika Düker [GRÜNE])

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Müller-Witt. – Für die CDU-Fraktion spricht nun Herr Kollege Hagemeier.

Daniel Hagemeier (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass ich zur heutigen, unerwartet ausführlichen Debatte zum Einzelplan 02 auch einige Minuten beisteuern kann.

Am 7. November 2017 hat Finanzminister Lutz Lienenkämper den ersten Gestaltungshaushalt der NRW-Koalition vorgestellt. Heute werden wir diesen abschließend debattieren und auch beschließen.

Dieser Haushalt setzt in jedem seiner Einzelpläne Finanz- und haushaltspolitische Leitplanken für ein Handeln, das unser Land Nordrhein-Westfalen prägen wird. Dabei konzentrieren wir uns auf Themen, die wieder mehr in den Mittelpunkt der Landespolitik gerückt werden müssen.

Für den Einzelplan 02, zu dem ich heute sprechen darf, liegt die Fokussierung sehr deutlich auf Bürgernähe, Ehrenamt und Zusammenhalt.

Die Ansätze in diesem Einzelplan sind im Wesentlichen übernommen worden. Insbesondere möchte ich betonen, dass die veranschlagte Summe bei der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit nicht erhöht wurde. Die Steigerung, die der Einzelplan insgesamt zu verzeichnen hat, basiert im Wesentlichen darauf, dass die Aufgabenbereiche Sport und Ehrenamt aus einem Ministerium in die Staatskanzlei übertragen wurden.

Wesentlicher Ausdruck der vorhin genannten Ziele Bürgernähe, Ehrenamt und Zusammenhalt ist die Erhöhung der Mittel für Projekte und Veranstaltungen zur Förderung des Landesbewusstseins von 200.000 € auf 500.000 €. Davon sollen die Durchführung des Nordrhein-Westfalen-Tags und ein Sommerkonzert finanziert werden.

Zur Erläuterung: Die Nordrhein-Westfalen-Tage gibt es seit 2006. Damals haben wir sehr erfolgreich das 60. Landesjubiläum gefeiert. Der Tag wird seither nach Möglichkeit abwechselnd in den verschiedenen Regionen unseres Bundeslandes durchgeführt. Diese schöne Tradition möchten wir fortsetzen. Mit Erhöhung des Ansatzes soll dem vermehrten Planungsbedarf und den verstärkten Sicherheitsmaßnahmen Rechnung getragen werden, was gut und richtig ist.

Das zweite große Event, das Zusammenhalt und Landesidentität stärkt, ist neben dem Nordrhein-Westfalen-Tag das Sommerkonzert. Es wird als für die Öffentlichkeit unentgeltlich zugängliches Open-Air-Konzert durchgeführt und bietet neben den Regionen auch den drei Landesorchestern die Möglichkeit, sich einem möglichst breiten Publikum zu präsentieren. Auch diese Veranstaltung soll abwechselnd in den verschiedenen Regionen durchgeführt werden. Die Landesregierung hat auch entschieden, das Sommerkonzert jährlich stattfinden zu lassen.

Wir als CDU-Landtagsfraktion begrüßen ausdrücklich, dass für 2018 entsprechende Mittel bereitgestellt werden und dass diese Mittel mit 150.000 € realistisch veranschlagt und kalkuliert wurden. Es nützt ja nichts, wenn man auf Spitz und Knopf kalkuliert und am Ende draufzahlen muss. Die Vorgängerregierung

hatte seit 2012 mit einer Summe von 100.000 € kalkuliert, die nicht ausgereicht hatte.

Die Zuschüsse zu den Kirchentagen haben wir von der Vorgängerregierung übernommen. Als Vertreter einer Partei mit dem C im Namen halte ich das für unerlässlich.

(Beifall von der CDU)

Wer den Einzelplan 02 gelesen hat, wird im Zentralkapitel auf die mit 310.000 € dotierte Titelgruppe „Ruhr-Konferenz“ gestoßen sein. Mit diesem Format möchte der Ministerpräsident einen auf mehrere Jahre angelegten Prozess anstoßen, um Impulse für den Strukturwandel im Ruhrgebiet zu setzen. Schon am 23. Oktober 2017 konnten wir in der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“ lesen, dass die Ruhr-Konferenz auf großen Zuspruch trifft. Dort wird der Präsident der Landesvereinigung der Unternehmensverbände unternehmer nrw, Arndt Kirchhoff, mit den Worten zitiert:

„Ich setze große Hoffnungen in die Ruhr-Konferenz. Im Ruhrgebiet lässt sich auch mit der Hilfe des Bundes und der EU richtig etwas anschieben.“

Weiter erklärte er beim Besuch in der Redaktion, der Ballungsraum habe die Chance, modernste Region Europas etwa in der Logistik oder „bei der technologischen und nachhaltigen Entwicklung einer Smart City“ zu werden.

Verankert ist diese Konferenz übrigens bereits im Koalitionsvertrag der NRW-Koalition. Es geht darum, im Jahr 2018, dem Jahr, in dem die letzte Zeche in Nordrhein-Westfalen ihre Tore schließen wird, darüber zu beraten, wie die Subventionen der Vergangenheit in die Zukunft investiert werden können.

Der Haushalt des Ministerpräsidenten spiegelt die neuen Schwerpunkte der Regierung wider. Es gibt mehr Mittel für Ehrenamt, Heimatbewusstsein und die Zukunft unseres Landes.

Für meine CDU-Fraktion möchte ich abschließend sagen: Wir freuen uns darüber, dass unser Ministerpräsident Armin Laschet den Blick wieder mehr auf die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen richtet.

Ich empfehle Ihnen, dem Einzelplan 02 sowie dem gesamten Landesetat zuzustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Hagemeyer. – Nun spricht für die grüne Fraktion Frau Düker, die Fraktionsvorsitzende.

Monika Düker (GRÜNE): Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Vor der Debatte

habe ich mir einmal die Änderungsanträge der jetzigen Koalitionsfraktionen zum letzten rot-grünen Haushalt 2017 angeschaut. Dort fiel mir im Zusammenhang mit dem Einzelplan 02 besonders die FDP mit wirklich überragendem Fleiß, vor allem von Herrn Witzel – ich kann nicht unterstellen, dass er faul war –, auf.

(Ralf Witzel [FDP]: Vielen Dank!)

Herr Witzel – da sitzt er –, Sie waren sehr fleißig. Allein zum Einzelplan 02 haben Sie vor einem Jahr sage und schreibe 27 Änderungsanträge – ich habe sie tatsächlich gerade einmal zusammengerechnet – mit einem Gesamtvolumen von über 8 Millionen € gestellt. Sie sahen vor einem Jahr eine entsprechende Kürzungsmöglichkeit beim Etat der Ministerpräsidentin, weil sie das Geld zum Fenster hinaus-schmeißen würde. – So viel zum Stand der Dinge.

Meint man nun: „Prima, prima; 8 Millionen € Einsparungen“? Bei einigen Anträgen hatte ich wirklich die Befürchtung, dass Sie jetzt tatsächlich das machen würden, was Sie vor der Wahl gesagt haben.

(Zurufe von der CDU)

Diese Befürchtung hatte ich tatsächlich. Aber Gott sei Dank haben Sie auch hier alles vergessen, was Sie vor einem Jahr gemacht haben. In diesem Einzelplan ergibt sich nämlich sage und schreibe ein Zuwachs von 21 Millionen €.

(Zuruf von der CDU: Oh!)

Man muss fair sein. Wir sind ja seriös und fair. Von den 21 Millionen € muss man natürlich das Zusätzliche – Sport – abziehen. Das ist völlig in Ordnung; denn da ist eine Umressortierung erfolgt. Aber es bleibt noch genug übrig, sodass wir hier einen Aufwuchs haben.

Zwei Beispiele für den Aufwuchs – da finde ich es doch bemerkenswert, wie locker das hier begründet wird –: Zum einen gibt es das neue Referat „Gesellschaftliche und ökonomische Grundsatzfragen“: vier Stellen, einmal B2, zweimal A15 und einmal A13, also nicht gerade preiswert. Auf die Frage im Bericht-erstattegespräch, was die denn da machen sollten, wurde gesagt: Hier sollen unter grundsätzlichen Erwägungen gesellschaftliche und ökonomische Entwicklungen analysiert, bewertet und in politische Konzepte eingebracht werden. – Okay.

Die zweite Neuerung sind zwei Stellen – zweimal A14; immerhin – für Ressortkoordination. Auch da wurde nachgefragt, was die denn machen sollten. Hier sollen planungsrelevante Daten zu landespolitisch bedeutsamen Themen entwickelt werden, die Datenpflege soll koordiniert werden, und es sollen Kontakte zu den statistischen Ämtern, den Ressorts usw. usf. hergestellt werden.

Jetzt kommt die Begründung: Das seien alles neue Aufgaben in der Staatskanzlei. – Da frage ich mich

doch, was die in der Staatskanzlei denn alle vorher gemacht haben. Nein, liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist laufendes Geschäft einer Staatskanzlei, und dafür gab es auch vorher schon Stellen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir hatten niemals den Eindruck, dass die Staatskanzlei unter Hannelore Kraft so unterfinanziert war, dass es dieses Aufwuchses an Stellen bedürfe. Eine solche Unterfinanzierung haben Sie, lieber Kollege Witzel, hier weiß Gott auch nicht gesehen; denn Sie haben noch Kürzungsmöglichkeiten in Höhe von 8 Millionen € gefunden. – So viel zu dem Thema: Was schert mich mein Geschwätz von gestern?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir machen diese Politik also nicht mit. Wir sehen die Notwendigkeit eines solchen Stellenaufwuchses in diesem Apparat nicht. Deswegen werden wir diesen Einzelplan auch ablehnen. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Düker. – Für die FDP-Fraktion spricht nun Frau Freimuth.

Angela Freimuth (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will nur einige wenige kurze Bemerkungen zu dem Einzelplan 02, Abteilung Staatskanzlei, machen.

Frau Kollegin Müller-Witt, wir haben nie kritisiert, dass es Veranstaltungen mit einem öffentlichkeitswirksamen Auftreten des Ministerpräsidenten oder der Ministerpräsidentin gibt. Aber ich habe im Haushalts- und Finanzausschuss, als wir im Jahr 2011 oder 2012 zum ersten Mal darüber diskutiert haben, immer klar gesagt: Ich finde eine solche Verquickung mit der Person der Ministerpräsidentin, mit ihrem ganz persönlichen Namen, nicht glücklich.

Deswegen hielt ich diese „TatKraft“-Tage immer für unangemessen und falsch. Ebenso sage ich ganz klar: Ich würde auch in keiner Weise zum Beispiel Mittel für „Laschet“-Tage im Haushalt begrüßen.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Ich denke, wir werden noch in geeigneter Weise zum Ausdruck bringen, dass es sehr wohl das Recht eines Ministerpräsidenten oder einer Ministerpräsidentin ist, öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen und Kongresse durchzuführen, aber eben verbunden mit dem Amt und nicht mit dem persönlichen Namen.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Jetzt möchte ich noch einige Bemerkungen zu dem Themenbereich machen, um den es hier an vielen

Punkten auch geht. Zum Ehrenamt, zur Sportförderung und zu den Medien werden die Kollegen aus den Fachbereichen noch etwas sagen. Da sind in diesem Einzelplan 02 auch einige wichtige Akzente gesetzt worden.

Ich möchte einen Punkt ganz besonders herausgreifen und spreche ihn sehr bewusst an, auch vor dem Hintergrund einiger Äußerungen, die im Laufe des heutigen Tages gemacht wurden, und mit Blick auf die Debatte, die wir morgen früh in der Aktuellen Stunde führen müssen. Im März dieses Jahres hat der Landtag Nordrhein-Westfalen mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und Grünen gemeinsam die Neufassung des Vertrages des Landes Nordrhein-Westfalen mit den Vereinigungen der jüdischen Gemeinden beschlossen. Wesentlicher Bestandteil davon ist eine deutliche Stärkung und eine Bündelung der Unterstützungsleistungen, die sich insgesamt auf über 8 Millionen € summieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden morgen im Rahmen der Aktuellen Stunde über die beschämenden antisemitischen Umtriebe auch hier in Nordrhein-Westfalen sprechen. Darüber müssen wir in der Tat sprechen. Nicht nur, aber gerade auch deshalb ist dieser von den vier genannten Fraktionen getragene Beschluss auch für den Landeshaushalt und im Landeshaushalt von enormer Bedeutung. Denn wir setzen damit das klare Zeichen: Wir stehen gemeinsam bei den jüdischen Gemeinden, bei der jüdischen Kultur und beim jüdischen Leben in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

– Vielen Dank. – Um es vorwegzunehmen: Wir bekennen uns selbstverständlich auch zu der Unterstützung, die schon mit der Vorgängerregierung verabredet war, der evangelischen und der katholischen Kirche, zum Beispiel für die Kirchentage 2018 und 2019. Selbstverständlich bekennen wir uns auch dazu und setzen dieses Signal fort.

Ich möchte allen Beteiligten dafür danken, dass wir bei zugleich solider und generationengerechter Haushaltspolitik auch hier den Vorschlag der Landesregierung für eine zusätzliche Unterstützung verankern.

Insofern kann ich nur sagen: Die Fraktion der FDP wird auch diesem Teilbereich des Einzelplans 02 – wie auch den übrigen Bereichen, vermute ich – zustimmen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Freimuth. – Für die AfD spricht nun der Fraktionsvorsitzende, Herr Wagner.

Markus Wagner (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das aktuelle Thema ist die Staatskanzlei des Ministerpräsidenten. Dieser hat sich gleich so eingeführt, wie man es tun muss, wenn man die Vorurteile der Bürger gegenüber Politikern bestätigen will, wenn man aus Vorurteilen also Urteile machen möchte.

Als Erstes ist er mal eben samt Kanzlei umgezogen nach dem Motto: neue Adresse, neues Glück. Die erste Maßnahme dort war – klar –, neue gut dotierte Stellen für politische Freunde zu schaffen: 139 neue Stellen. Dafür dürfen Sie, liebe wenige Besucher auf den Rängen, morgens noch etwas früher aufstehen, um über Ihre Steuern deren Gehälter und Pensionsansprüche zu zahlen.

Wir haben dazu einige Anträge eingebracht, um die schlimmsten Auswüchse dieser Ämterpatronage zu beschneiden. Schwarz und Gelb werden das aber natürlich ablehnen; einen schlanken Staat fordern sie schließlich nur im Wahlkampf.

Was macht die Staatskanzlei, was macht Herr Laschet sonst noch? Er schreibt Artikel, beispielsweise für die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“. Auch da wollte er wohl den Beweis erbringen, dass die Vorurteile der Bürger gegen die abgehobene politische Klasse eben nicht nur Vorurteile sind. Eine europäische Armee will er, noch mehr EU-Zentralismus. Er hatte auf Nachfrage auch explizit nichts dagegen, dass das die Deutschen noch mehr Milliarden kosten würde.

Sogar auf Martin Schulz, den abgehalfterten Berufseuropäer und gescheiterten SPD-Kanzlerkandidaten, bezieht er sich positiv. Der will ja auch die Vereinigten Staaten von Europa – ganz gleich, was unser Grundgesetz und unser Verfassungsgericht dazu sagen.

Was mich aber besonders verwunderte, war, dass Herr Laschet in diesem Kontext den Bundesministern ihre demokratische Legitimation quasi absprach bzw. sie zumindest desavouierte. In seinem Interview mit dem Deutschlandfunk am 7. Dezember dieses Jahres sagte er dem Redakteur, dass man den EU-Währungskommissar, der nie von irgendeinem Volk gewählt wurde, zum EU-Finanzminister machen wolle. – Tatsächlich fordern Sie, Herr Laschet, zum Schaden Deutschlands einen solchen EU-Apparatschik.

Ich würde gerne die gesamte Passage vorlesen, aus Zeitgründen zitiere ich aber nur ein Highlight. Die Frage des Deutschlandfunks lautete:

„Zum europäischen Finanzminister wollen Sie wie auch die Europäische Kommission, wenn ich das richtig verstanden habe, erst mal den Währungskommissar machen, also einen Mann, der nie gewählt worden ist.“

– Darauf die Antwort von Herrn Laschet:

„Was heißt, der nie gewählt worden ist? Der ist mehr gewählt als jeder Bundesminister.“

– Meine Damen und Herren, das nenne ich eine Desavouierung unserer Bundesminister.

(Beifall von der AfD)

Liebe Kollegen aus FDP- und CDU-Fraktion, Sie müssen es ja nicht öffentlich kundtun, wenn Sie Angst vor innerparteilichem Druck haben, aber ist das tatsächlich Ihre Vorstellung von Europa? Ich mag es mir kaum vorstellen. Ich kann es mir, ehrlich gesagt, kaum vorstellen.

Ihre Freunde von der Presse, Herr Laschet, schreiben zu den ersten Monaten Ihrer Amtszeit von Stockfehlern, von vermeidbaren Fehlern, vom Desaster um das Sozialticket, vom Verheizen von Friedrich Merz, von Ihrer sehr holperigen Bosbach-Baum- bzw. mittlerweile nur noch Bosbach-Kommission. Sie schreiben von der Vollbeschäftigung der Ehrenkommission usw.

Von Herrn Hagemeier hörten wir dann vorhin – das wussten aber natürlich auch schon vorher –, was noch hinzukommt: Die Kirchentage der beiden großen Amtskirchen werden mit Millionenbeträgen unterstützt – zwei Amtskirchen, die sicherlich nicht dafür bekannt sind, das Gelübde der Armut abgelegt zu haben. Da stellt sich die Frage – die man durchaus kritisch stellen sollte –, warum eigentlich nicht nur Kirchensteuerzahler, sondern Steuerzahler im Allgemeinen dazu herangezogen werden, die Amtskirchen bei der Abhaltung ihrer Kirchentage zu finanzieren.

(Beifall von der AfD – Zuruf von Daniel Sieveke [CDU])

Während also die Presse all das schreibt und wir uns all das fragen, kommt Ihnen auch noch Herr Lindner abhanden. Der hatte nach den paar Monaten Regierungserfahrung hier im Land die Lust daran gleich ganz verloren, wie er auf Bundesebene gezeigt hat.

Aber, mein lieber Herr Laschet, wenn es einem so schlecht geht, wenn man seine Wähler so enttäuscht hat und sein Heil daher in Brüsseler Fantastereien sucht, dann ist es an der Zeit, Ihnen und Ihrer Familie ein frohes Fest zu wünschen. Lassen Sie sich im Kreise Ihrer Liebsten trösten. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Das war der Abgeordnete Wagner. – Als nächster Redner hat für die Landesregierung Herr Minister Dr. Holthoff-Pförtner das Wort. Bitte schön, Herr Minister.

Dr. Stephan Holthoff-Pförtner, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Internationales: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Der vorliegende Etatentwurf des Ministerpräsidenten für das kommende Haushaltsjahr 2018 folgt auch für den Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten dem finanziellen Leitsatz dieser Koalitionsregierung: Wir konsolidieren, wir modernisieren, und wir investieren.

Wir konsolidieren, indem wir im Einzelplan 02 die Sachansätze im operativen Kernhaushalt – hier insbesondere in den Bereichen Öffentlichkeitsarbeit, Repräsentation, IT-Ausstattung und wissenschaftliche Beratung – nahezu unverändert lassen. Dies tun wir, obwohl gerade im Bereich Öffentlichkeitsarbeit neue Herausforderungen auf uns zukommen; schließlich ist Nordrhein-Westfalen das Bundesland mit der deutschlandweit größten Medienvielfalt und höchsten Redaktionsdichte.

Das Informationsbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger hat in den vergangenen Jahren zugenommen. Das zeigen die Anfragen, auch in Bürgerbriefen.

Die Anforderungen an die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit allgemein und damit auch an die Behörden sind in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen. Die Produktionszyklen haben sich insbesondere durch die Digitalisierung erheblich verdichtet. Öffentlichkeitsarbeit in digitaler Zeit geht mit einem deutlich höheren Koordinierungsbedarf und umfangreichen Managementaufgaben einher. In diesem Umfeld für eine gute landespolitische Berichterstattung unter den besten Arbeitsbedingungen zu sorgen, das ist die Aufgabe des Landespresse- und Informationsamtes – von früh bis spät, auch an Wochenenden und Feiertagen.

Wir werden die Staatskanzlei des bevölkerungsreichsten Bundeslandes modernisieren. Wir werden sie mit dem entsprechenden Personal für die Auseinandersetzung mit Grundsatzfragen – das ist erwähnt worden, wenn auch kritisch – des gesellschaftlichen und ökonomischen Wandels, für die Erhebung einer gemeinsamen Datenbasis, aber auch für den Bedarf im Assistenz- und Fahrdienst ausstatten. Das halten wir für dringend erforderlich.

Gerade für die letzte Aufgabe ist der Großteil der neu angemeldeten Stellen bestimmt. In zehn Fällen sollen bestehende sachgrundlos befristete Beschäftigungsverhältnisse in dauerhafte Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt werden. Durch vier neue Stellen sollen schon längst bestehende Mehrbedarfe nicht länger auf den Schultern des vorhandenen Assistenzpersonals abgeladen werden.

Ich denke, hier sind wir uns einig: Aus Sicht der Betroffenen ist dies keine befriedigende Lösung. Daher sollten wir hier 14 Stellen für Dauerbeschäftigungsverhältnisse schaffen.

Wir investieren in die politischen Schwerpunktbereiche aus dem Koalitionsvertrag und der Regierungserklärung, die den Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten unmittelbar betreffen. Wir gründen eine Ruhr-Konferenz. Wir investieren in das Ehrenamt und in den Sport.

Politikschwerpunkt ist die Ruhr-Konferenz. Wir richten in der Staatskanzlei eine Stabsstelle zur Implementierung einer Ruhr-Konferenz ein. Mithilfe dieser Stabsstelle werden in der Staatskanzlei zunächst bis zum Jahr 2030 terminierte Prozesse koordiniert, um das zweifelsfrei vorhandene enorme Potenzial zur Entwicklung des Ruhrgebietes zu aktivieren.

Dabei wird es darum gehen, in einem kontinuierlich fortlaufenden Dialog mit der Europäischen Union, mit dem Bund, mit dem Land und den Kommunen sowie mit den örtlichen Verantwortlichen in Wirtschaft, Wissenschaft und Kulturlandschaft eine gemeinsame Strategie zu erarbeiten, die die Entwicklung des Ruhrgebietes voranbringt, die Eigeninitiative und Gründermentalität befördert und Kompetenz und neue Ideen identifiziert und vernetzt.

Insgesamt sieben Arbeitskreise sind geplant mit den Themen „Städtebau und Energie“, „Mobilität“, „Bildung und Wissenschaft“, „Innovation und Wirtschaft“, „Integration“, „Kultur“ und „Gesundheit“. Ein Haushaltsansatz in Höhe von 310.000 € für entsprechenden Personal- und Sachaufwand der Stabsstelle scheint uns hier gut investiertes Geld zu sein.

Aus dem Haushalt des Ministerpräsidenten investieren wir ebenfalls in die Förderung des Ehrenamtes durch Stellenaufwuchs und auch zusätzlich mit operativen und neuen Fördermitteln, damit bewährte Strukturen gestärkt und neue Themen angegangen werden.

Die Arbeit der Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen wird stärker gefördert. Als einer der wichtigen Multiplikatoren im Bereich der Engagementförderung soll der Verein Unterstützung durch hauptamtliche Kräfte erhalten, um dem wachsenden Bedarf gerecht werden zu können.

In 2018 werden zwei weitere Arbeitsschwerpunkte zur Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements hinzugefügt, einmal zur Entwicklung einer Engagementstrategie in Nordrhein-Westfalen. Wir wollen gemeinsam mit allen Akteuren und Multiplikatoren für das Ehrenamt und für das bürgerschaftliche Engagement Konzepte und Handlungsempfehlungen zur Weiterentwicklung insbesondere verbesserter Rahmenbedingungen erarbeiten.

Wir fördern digitale Plattformen. Die Digitalisierung eröffnet zusätzliche Betätigungsfelder für ehrenamtliches Engagement, zum Beispiel für Menschen mit Behinderung oder für Menschen, die sich ortsunab-

hängig engagieren wollen. Wir wollen daher neue digitale Formen des bürgerschaftlichen Engagements unterstützen.

Gleichzeitig gilt es, digitale Strukturen für Information und Beratung bereitzustellen. Bereits engagierte Bürger werden dadurch besser unterstützt, und bisher nicht engagierte Bürger werden zur Mitarbeit gewonnen.

Die obigen Schwerpunkte sind nicht der einzige Grund für die erhebliche Erhöhung des Haushaltsvolumens des Einzelplanes 02, immerhin 21 Millionen €. Denn von diesem Mehrbedarf entfallen auf die gerade von mir erläuterten Veränderungen im Personalhaushalt der Staatskanzlei für die Ruhr-Konferenz und die erhöhten Ansätze für Ehrenamtsaktivitäten lediglich 2,2 Millionen €.

Weitere 6 Millionen € Mehrbedarf entfallen auf erhöhte Fördermittel für den Sport.

Knapp 13 Millionen € entfallen auf bereits früher veranlassten Mehraufwand und auf Folgekosten aus Entscheidungen zum Nachtragshaushalt. Das sind Vertragsabschlüsse zur Unterstützung der jüdischen Kultusgemeinde und Zuschüsse für die katholischen und evangelischen Kirchentage.

Zu der letzten vorgesehenen Mehrausgabe ist mir folgender Hinweis wichtig: Ich halte das Sommerkonzert für einen geeigneten Rahmen, um zusammen die Gemeinsamkeiten der politischen und gesellschaftlichen Arbeit zu feiern. Wir sind der Auffassung, dass dieses Sommerfest eine hohe Annahme und Resonanz beim Publikum gefunden hat. Künftig möchten wir dieses Sommerfest jedes Jahr feiern.

Abschließend noch ein Wort zum nächsten NRW-Tag: Wir befinden uns in konstruktiven Gesprächen mit potenziellen Bewerberkommunen. Wir werden Sie darüber unterrichten, wenn wir die vereinbarte Verschwiegenheitsverpflichtung vor einer endgültig getroffenen Entscheidung aufheben können. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Dr. Holthoff-Pförtner. – Damit sind wir am Schluss der Aussprache zum Teilbereich a) Staatskanzlei angelangt.

Wir kommen zum Teilbereich

b) Europa und Internationales

Hier erhält für die Fraktion der SPD der Kollege Weiß das Wort. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Rüdiger Weiß (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen!

Traditionell gehören Nordrhein-Westfalen und eine innovative, zukunftsgerichtete Entwicklungspolitik zusammen. Das ist der Anspruch unseres Landes. Darauf sowie auf unsere Errungenschaften in der Entwicklungszusammenarbeit der vergangenen Jahre und Jahrzehnte können wir stolz sein.

Mit Bonn beispielsweise liegt das entwicklungspolitische Zentrum Deutschlands mitten in NRW. Wir sind mit Bonn nicht nur Standort des zuständigen Bundesministeriums, sondern auch UN-Standort und beherbergen darüber hinaus in unserem Land mehr als 3.000 entwicklungspolitisch engagierte Vereine, Institutionen und Hilfswerke.

Die Aufmerksamkeit der Bundes- sowie der Weltöffentlichkeit ist also in einem besonderen Maße auf uns in NRW gerichtet. Wir von der SPD verstehen das als eine große Ehre. Gleichzeitig entsteht daraus aber eine natürliche Verpflichtung, entwicklungspolitisch mit erhobenem Haupt voranzuschreiten. Das, was die Landesregierung in ihrem Koalitionsvertrag und jetzt mit diesem Haushalt ankündigt, erinnert allerdings eher an ein Kopfeinziehen.

In Ihrem Koalitionsvertrag kann man nachlesen, wie wichtig Ihnen angeblich eine engagierte Eine-Welt-Politik ist. Vom Aufbau stabiler Gesellschaftsstrukturen ist zum Beispiel die Rede. Aber noch im gleichen Absatz verkünden Sie dann, Doppelstrukturen vermeiden und beseitigen zu wollen.

Es spricht nichts dagegen, im Zuge einer langfristigen Haushaltsplanung den einen oder anderen Posten noch einmal genauer zu überprüfen. Aber eine komplette Sparte wie die Eine-Welt-Politik von Mitterhöhungen auszuklammern, sendet ein fatales Bild nach außen.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Sehen Sie das nicht?

In anderen Sparten wie etwa der Bildung gab es – abzüglich der Personalmittelerhöhungen – Budgeterhöhungen um bis zu 7 %, im Bereich Verkehr über 11 %. Im Bereich Wirtschaft geben Sie, wenn ich die Personalmittelerhöhungen abziehe, sogar fast 16 % mehr aus. Das Budget für den Bereich Europa und Eine Welt wurde aber – Personalmittelerhöhungen ebenfalls ausgeklammert – unverändert gelassen.

Die Herausforderungen, die aus den Wirren verschiedener Konflikte weltweit entstehen, werden in letzter Konsequenz auch uns in NRW betreffen. Die Krisen- und Konflikttendenz zeigt, wie wir leider regelmäßig mitbekommen, eher nach oben. Man kann nur mit Sorge darauf reagieren, wie sich die Lage im Nahen Osten, im Jemen oder etwa entlang des vierten Breitengrades in Afrika entwickelt.

Ist jetzt also wirklich die Zeit, eine Haushaltsstelle mit 300.000 € einzusetzen, die ausschließlich mögliche Kürzungen der Entwicklungshilfsmittel zum Ziel hat?

Salopp könnte man hier kommentieren: Sie lassen sich die Kürzung der Eine-Welt-Unterstützung ja richtig was kosten.

Richtig was kosten lassen Sie sich auch die Ruhr-Konferenz mit 310.000 €. Dieses Geld stellen Sie ein, ohne uns jemals ein Konzept für diese Konferenz oder Konferenzen vorgestellt zu haben. Die letzten Jahre haben wohl uns allen gezeigt, dass es die Möglichkeit, Menschen andernorts ihren eigenen Problemen zu überlassen, in unserer globalisierten Welt nicht mehr gibt.

Auch in unserem eigenen Interesse sollten wir also alles dafür tun, die funktionierende Entwicklungspolitik unseres Landes zu stärken, statt uns ausschließlichen Gedanken darüber zu machen, wo wir Mittel kürzen können. Wir sollten ein Signal an die Bürgerinnen und Bürger in NRW und über die Landesgrenzen hinaus senden, das Folgendes aussagt: Wir erkennen die Probleme, und wir leisten unseren Beitrag für deren Lösung.

Dass die Eine-Welt-Politik funktionieren kann, zeigt sich übrigens hervorragend an verschiedenen Programmen und Initiativen. Einmal mehr kann die schwarz-gelbe Landesregierung von der exzellenten Arbeit der SPD-geführten Vorgängerregierung profitieren. Sie müssen das Rad nicht neu erfinden, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU und der FDP. Das Rad rollt bereits.

(Vereinzelt Beifall von der SPD – Zuruf von der FDP)

Mit dem Promotorenprogramm besitzt NRW ein herausragendes und strukturell wirksames Projekt der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit. Das Programm hat dabei bundesweit eine absolute Vorbildfunktion. Bis heute kommen die meisten Promotorinnen und Promotoren aus NRW. Das Programm unterstützt nicht zuletzt auch nachhaltig das außergewöhnlich große bürgerschaftliche Engagement im Bereich der Entwicklungsarbeit in Nordrhein-Westfalen.

Auch mit kleineren Förderprogrammen, zum Beispiel dem Konkreten Friedensdienst NRW, fördert das Land seit Jahrzehnten überaus erfolgreich Arbeitsinsätze junger Menschen in Entwicklungsländern.

Diese und andere innovative nordrhein-westfälische Programme sollten weiter ausgebaut werden. Denn letzten Endes gilt: Wer Migration und Fluchtursachen bekämpfen möchte und damit den wirtschaftlichen und interkulturellen Austausch auf der Nord-Süd-Achse fördern will, dem bleibt eigentlich nur diese Möglichkeit.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Entwicklungszusammenarbeit hat in NRW traditionell einen hohen Stellenwert genossen. Wir lehnen

einen Haushalt, der der aus dieser Tradition entstehenden Verantwortung nicht Rechnung trägt, ab. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Weiß. – Für die CDU-Fraktion hat nun Herr Abgeordneter Krauß das Wort. Bitte schön.

Oliver Krauß (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mehr Europa ist die Antwort auf zahlreiche Herausforderungen unserer Zeit. Mit einem Mehr an Europa, mit einer starken Europäischen Gemeinschaft können wir die Folgen des Brexit und viele globale Herausforderungen meistern – auch jene, die Kollege Weiß gerade hat anklingen lassen.

Otto Graf Lambsdorff würde heute seinen 91. Geburtstag feiern. Der eine oder andere erinnert sich vielleicht an seinen Satz: „Wenn man nichts verdient, kann man auch nichts ausgeben.“ NRW drücken Schuldzinsen von mehr als 2,5 Milliarden € – Geld, das ohne Gegenwert aufgebracht wird, nur zur Schuldentilgung. Das zwingt zum Sparen und zu Prioritäten.

Der Einzelplan 02 mit den Kapiteln Europa, Internationale Angelegenheiten und Eine Welt hat eine solche Priorität. Es geht um einen Etat, der sich nicht ohne Weiteres refinanziert. Einnahmen: knapp 942.000 €, Ausgaben: fast 210 Millionen €. Das sind nicht nur symbolische Beträge. Es geht um wichtige Gelder, die gut angelegt sind.

Deshalb, Herr Kollege Weiß, haben wir die Kapitel für Europa und Eine Welt sogar dem Spardiktat entzogen – dem Spardiktat, das uns die Notwendigkeit aufgibt, den Landeshaushalt in Ordnung zu bringen. Der Haushalt für den Bereich Europa und Internationales beweist Stabilität und Kontinuität.

(Beifall von der CDU)

Mit rund 3,2 Millionen € im Bereich Europa und rund 6 Millionen € im Bereich Internationale Angelegenheiten und Eine Welt sind die Ansätze im Vergleich zum Vorjahr konstant. Wir ziehen den Kopf also nicht ein.

Hinzu kommt, dass die Stabilität bei den Ausgaben sogar noch ergänzt wird durch einen Aufbruch bei der Umsetzung und der Kreierung neuer Ideen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, einen Aufbruch bei der Artikulation der Interessen von NRW in Berlin und in Brüssel, einen Aufbruch bei der internationalen Partnerschaft mit Ghana.

Meine Damen und Herren, wir sind uns bewusst, dass Nordrhein-Westfalen nur in enger Zusammen-

arbeit mit unseren europäischen Partnern wirtschaftlich und politisch stark bleiben kann. Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung, Arbeitsmarkt, Verkehr, Sicherheit, Gesundheit, Umwelt, Energieversorgung, all diese Bereiche müssen grenzüberschreitend gedacht werden.

Mit dem Ansatz von 310.000 € für die Ruhr-Konferenz werden wir entscheidende Impulse für die Region setzen. Warten Sie das Konzept doch mal ab! Sie werden überrascht sein.

Die NRW-Koalition leitet mit den konsolidierten Etats – das ist für mich zentral – einen Paradigmenwechsel ein. Das Geld, das wir haben, möchten wir wieder zum aktiven Gestalten nutzen. Es kommt doch nicht darauf an, mehr Geld auszugeben, sondern darauf, wie man das Geld ausgibt, Herr Kollege Weiß.

Dass wir gezielt mit den Geldern umgehen wollen, zeigt doch gerade der 100.000-€-Ansatz für die Evaluierung der Förderprogramme. Warum haben Sie solche Angst, dass wir bei den Promotoren etwas kürzen? – Wir wollen uns stetig weiterentwickeln und das verfügbare Geld so sinnvoll und optimal wie möglich einsetzen. Dazu gehören die Ausgaben nun einmal auf den Prüfstand.

Meine Damen und meine Herren, heute Abend wird zu später Stunde ein Antrag der SPD-Fraktion aufgerufen, der die klangvolle Überschrift „Zukunft der EU-Finzen und EU-Förderpolitik nach 2020 sichern“ trägt. Ich darf daran erinnern, dass wir bereits im Oktober-Plenum einen Antrag zur Gestaltung des mehrjährigen Finanzrahmens und der Kohäsionspolitik nach 2020 eingebracht und darauf aufmerksam gemacht haben, dass wir nach sieben durch Rot-Grün verschlafene Jahre endlich wieder in Brüssel aktiv werden müssen; denn die Mittel der Strukturförderung laufen nicht einfach so weiter.

Unsere Aufgabe in Europa und der Einen Welt wollen wir wahrnehmen und gestalten – nicht delegieren, nicht verwalten, nicht zuschauen. Das ist der Hintergrund für die neuen Schwerpunktsetzungen im Einzelplan 01.

Israel feiert den 70. Jahrestag seiner Staatsgründung. Wir verstärken die Förderprogramme der anderen Ressorts für den israelisch-deutschen Jugendaustausch. 2018 jährt sich das Ende des Ersten Weltkriegs zum 100. Mal. Es jährt sich die Staatsgründung Polens. Es jährt sich die Unterzeichnung des Élysée-Vertrags. Das greifen wir im Regionalen Weimarer Dreieck und mit unseren Partnern beherzt auf.

Am 1. Juli wird NRW den Vorsitz der Europaministerkonferenz der Länder übernehmen. Diese Chance nutzen wir, um unser Bundesland zu präsentieren und Impulse zu geben. Benelux und die Euregios sind uns dabei eine Herzensangelegenheit.

Nach der Erneuerung des Partnerschaftsabkommens mit Ghana beleben wir auch die Beziehungen mit diesem Staat. Wir fördern den Verwaltungsaustausch. Wir gehen auf die arabischen Länder und auf die Auslösezentren der Fluchtbewegungen zu.

Meine Damen und Herren, nach meinem Eindruck sind wir in der demokratischen Mitte des Landtags nicht weit auseinander, was die Verantwortung betrifft, die wir in der Einen Welt haben, und was die Bedeutung angeht, die die europäische Freundschaft für uns hat. Lassen Sie uns gemeinsam für ein starkes NRW in Europa eintreten. Daher bitte ich um Zustimmung. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Krauß. – Als nächster Redner hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Kollege Remmel das Wort.

Johannes Remmel (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Von dem ersten Haushaltsplan einer neuen Regierung erwartet man, dass damit bestimmte neue Schwerpunkte beschrieben werden. Wenn man sich näher mit dem Etat für Europapolitik und den Bereich Internationales beschäftigt, wird man feststellen, dass sich die Zahlen im Großen und Ganzen nicht verändert haben.

Der Minister hat das mit „Konsolidieren“ beschrieben. Ich würde sagen, das ist Kontinuität. Insofern können zumindest die Ansätze, die in dem Bereich in der Vergangenheit in Politik gegossen worden ist, nicht so falsch gewesen sein,

(Zuruf von Ministerpräsident Armin Laschet)

wenn Sie diese und damit auch die Politik fortschreiben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Man könnte sagen: Weil gerade die Europapolitik hier – bis auf den national-völkischen Teil dieses Parlaments –

(Zuruf: Wer soll das sein, bitte schön? – Weitere Zurufe)

eine große Gemeinsamkeit genießt, ist das gut für die Weiterentwicklung.

(Ministerpräsident Armin Laschet: Machen wir doch auch!)

Aber ich bin überzeugt davon, dass die Herausforderung unserer Zeit – so haben Sie es in Ihrer Regierungserklärung angekündigt, sehr geehrter Herr Ministerpräsident – darin besteht, dass die Europapoli-

tik einen größeren Stellenwert und eine größere Bedeutung bekommen soll. Das bildet sich aber nicht im Etat und in Zahlen ab.

(Zuruf von Ministerpräsident Armin Laschet)

Es wäre schon gut gewesen – das ist unsere Kritik an dieser Stelle –, wenn Sie den verbalen Ankündigungen auch Taten in Form von Projekten – wenn auch vielleicht nur symbolisch – hätten folgen lassen.

(Karl Schultheis [SPD]: Warten auf die GroKo! Ist doch ganz klar!)

In einer Zeit, in der das ehrenamtliche Engagement für Europa konkret und hier im Parlament angegriffen wird, wäre es sinnvoll und notwendig gewesen, ein Zeichen zu setzen: Wir wollen gerade dieses Engagement in Nordrhein-Westfalen stärken und fördern. Deshalb wollen wir hier einen zusätzlichen Impuls setzen. – Sie haben diese Chance verpasst.

(Ministerpräsident Armin Laschet: Wieso?)

Sie haben sie leider verpasst; das muss ich an dieser Stelle sagen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, Ihr Beitrag in der „FAZ“ ist eben schon erwähnt worden. Das ist vielleicht ein sinnvolles Medium für einen Oppositionsführer, um einen Impuls zu setzen. Aber ist es das auch für einen Ministerpräsidenten? Solche Leitgedanken gehören hier ins Parlament. Ich hätte von Ihnen eine Regierungserklärung erwartet. Wenn Sie neue Perspektiven für Europa eröffnen wollen und auch die Unterstützung des Landtags von Nordrhein-Westfalen dafür erwerben möchten, dann ist hier der Platz, um solche grundlegenden Gedanken zu Europa zu äußern. Das trauen Sie sich offensichtlich nicht,

(Lachen von Ministerpräsident Armin Laschet)

weil Sie sowohl in Ihrer Koalition als auch im Parlament möglicherweise keine Mehrheit dafür haben.

Wir würden Sie gern unterstützen. Deshalb: Kommen Sie hierhin. Erklären Sie Ihre Politik für Europa in der Zukunft. Wir wollen uns gern damit auseinandersetzen und auch eine Erklärung des Landtags dazu verabschieden. Ich fände es sinnvoll, wenn Sie einen solchen Weg gehen könnten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dann komme ich zum Programmbereich „Internationales“. Offensichtlich darf man nicht mehr „Eine Welt“ sagen, jedenfalls haben Sie die Begriffe umgedeutet. Wenn dann der gleiche Inhalt vertreten wird, sage ich: Sei es drum!

Mit Blick auf die Anerkennung der vielen ehrenamtlichen Arbeit, die gerade in diesem Bereich in Nordrhein-Westfalen geleistet wird, etwa von Tausenden Unterstützungsgruppen im Land, fände ich es gut,

wenn Sie dieses Ehrenamt würdigen und wertschätzen würden. Deshalb ist der Begriff für diese Politik „Eine-Welt-Politik“. Warum soll man den nicht weiter verwenden dürfen? Durch Ihren Koalitionsvertrag und durch das, was Sie vorhaben, wird eine gewisse Verunsicherung geschürt.

Ich halte es für notwendig, gerade dieses Ehrenamt zu unterstützen und ein Signal zu senden. Deshalb bitte ich Sie, klare Worte nach vorn zu verwenden. Denn mit Blick auf das ehrenamtliche Engagement gerade in einer Zeit, in der es darum geht, die internationalen Verknüpfungen in der Einen Welt zu stärken, ist es sehr sinnvoll, hierbei ein großes Herz zu haben und das auch vonseiten der Landesregierung entsprechend zu würdigen.

In diesem Sinne haben wir keine große Kritik am Etat, aber den Wunsch nach einer kritischen Würdigung Ihrer Politik. Dem Etat werden wir daher nicht zustimmen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Rimmel. – Bevor ich dem Kollegen Nückel das Wort gebe, das er an seinem Geburtstag selbstverständlich bekommt, möchte ich Folgendes sagen:

Ich bin darauf angesprochen worden, dass hier vorhin zu dem Debattenbeitrag des Kollegen Rimmel Zwischenrufe getätigt wurden; ich habe sie selber nicht gehört, sondern weiß sie nur vom Hörensagen. Für den Fall, dass solches Vokabular benutzt wurde, will ich an dieser Stelle nur klipp und klar sagen: Die Unterstellung und die Behauptung, hier im Parlament seien Nazis vertreten, finde ich absolut unparlamentarisch, und ich bitte dringend, das künftig zu unterlassen.

Jetzt hat der Kollege Nückel das Wort.

Thomas Nückel (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hatte bei dem Redebeitrag des Kollegen Rimmel ein wenig das Gefühl: Einerseits lobt man irgendwie die Kontinuität. Andererseits ist man zwischen den Zeilen stark enttäuscht, weil man höchstwahrscheinlich erwartet hatte, die Koalition kürzt mit dem politischen Hackebeilchen in dem Feld vielleicht etwas weg, was Sie höchstwahrscheinlich in Ihren Träumen, in den Albträumen, befürchtet haben, aber nicht eingetreten ist.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Es macht ja auch keinen Sinn!)

Die Kontinuität macht bei den Sachen Sinn, die gut sind, und Sie werden in jedem Ministerium und in je-

dem Haushaltsansatz Sachen finden, die jede Regierung – egal, welcher Regierungswechsel gerade stattfindet – natürlich weiterführt.

Die FDP-Fraktion – das wird Sie jetzt nicht überraschen – ist mit dem vorgelegten Haushaltsentwurf für den Bereich „Europa und Internationales“ zufrieden. Er steht im Einklang mit unserem Koalitionsvertrag und im Einklang mit Notwendigkeiten. Zum Beispiel werden Partnerschaftsprogramme mit den Ländern und Regionen, zu denen Nordrhein-Westfalen seit Langem vertrauensvolle Beziehungen unterhält, von der Landesregierung im bisherigen Umfang weitergeführt, aber auch intensiviert.

Oft ist es nicht die Frage des Geldes, sondern es ist die Frage, mit welchem Geist, mit welchem Spirit und mit welcher Leidenschaft man das Thema angeht. Unter Rot-Grün hat man in den letzten sieben Jahren bei diesem Thema eigentlich eher Lieblosigkeit feststellen können.

(Beifall von der FDP – Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE] – Zuruf von der SPD: Das ist frech!)

Wir werden aber auch etwas draufsatteln – morgen wird das indirekt ebenfalls wieder unser Thema sein –; zum Beispiel werden wir beim deutsch-israelischen Jugendaustausch ein Plus verabschieden. Dort sind mehr Gelder eingestellt worden.

Einer der wichtigsten Schwerpunkte wird natürlich sein – auch das wird sich von der Regierungszeit der Vorgängerregierung unterscheiden –, dass NRW nicht nur in Berlin, sondern auch in Brüssel wieder sichtbarer wird.

(Karl Schultheis [SPD]: Das ist doch Blödsinn!)

Das ist einer der wichtigsten Schwerpunkte, die die Landesregierung vollzieht. Auch hier war bei der alten Regierung in den letzten Jahren im Grunde genommen nicht mehr viel „inneres Feuer“ zu sehen. Die Opposition würdigt den richtigen Kurs jetzt durch ein Abdriften auf Nebenkriegsschauplätze.

Vermehrtes Engagement hat aber nicht immer mit mehr Geld zu tun. Der Kollege Weiß war jetzt, sage ich einmal, vorsichtig und auch moderater als im Ausschuss, das weiß ich zu würdigen. Aber die Tatsache, dass man etwas überprüfen will, sozusagen im Einklang mit der Befürchtung, dass es gekürzt wird – da haben Sie etwas gefunden, wo Sie etwas kritisieren konnten.

Ich kann Ihnen jedoch versichern, dass es um effizientere Strukturen geht. Es geht um eine Weiterentwicklung, und es kommen auch Hinweise aus dem Kreis der Betroffenen sowie der Promotoren: In sich ist es eigentlich erfolgreich, aber es gäbe auch Veränderungsbedarf, damit es auch weiterhin erfolgreich ist.

Stichwort „Ruhr-Konferenz“: Wir begrüßen die Initiative, dass die Ruhr-Konferenz sozusagen als eine Art Dachgerüst für eine Vielzahl von Gesprächen dienen kann. Das Ruhrgebiet bedarf eines Impulses, aber auch dazu ist in den letzten Jahren von der Vorgängerregierung nicht mehr viel geliefert worden. Man hat sich mit dem Zustand, wie er nun mal ist, zufrieden gegeben. Deswegen ist es wichtig, dass es sich nicht um eine einzige, einmalige Showveranstaltung handeln soll. Das wäre ebenso wenig ausreichend, als jetzt einfach nur mehr Fördermittel ins Ruhrgebiet zu leiten. Das ersetzt nicht die fehlende Zukunftsstrategie, die wir brauchen.

Es geht um eine gemeinsame Strategie. Wir wollen nichts „aufpfropfen“, wie Sie das in Ihrer Zeit getan haben, sondern wollen mit den Akteuren vorher sprechen, wie wir diese Konferenz mit Leben füllen. Eine Konferenzreihe als laufender Prozess, parteiübergreifend und von der Region getragen, ist daher genau der richtige Weg.

Zum Bereich „Internationales“: Ich habe die Kritik vernommen, konnte sie aber, lieber Kollege Rimmel, nicht ganz nachvollziehen. Natürlich ist der Bund zuvorderst für die Pflege der außenpolitischen Beziehungen zuständig, aber gleichwohl setzen wir fort, dass Nordrhein-Westfalen als Bundesland agiert. Wir konzentrieren uns vor allem darauf, Beziehungen, wie wir sie mit Ländern und Regionen wie mit Ghana schon lange und vertrauensvoll pflegen, wieder mit Leben zu füllen und fortzuführen. Darum geht es, und das ist die Aufgabe, die wir uns gestellt haben. Ich gehe auch hier von einem erfolgreichen Weg aus. – Danke sehr.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Nückel, und von hier aus auch noch einmal einen herzlichen Glückwunsch zu Ihrem Geburtstag! – Es spricht jetzt für die AfD-Fraktion Herr Tritschler.

Sven Werner Tritschler (AfD): ... zum völkisch-nationalen Teil, wie der Kollege Rimmel sagen würde. – Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir eine Vorbemerkung dazu. Herr Kollege Rimmel, wir waren vor ein paar Tagen zusammen in Brüssel, und ich muss sagen: Ich weiß es nicht, aber ich glaube, Sie sind wahrscheinlich der schlimmere Nationalist von uns beiden. Sie sind ein EU-Nationalist. Sie sind dabeigesessen, als im übelsten Ton über Großbritannien hergezogen wurde, als gesagt wurde, man sollte mit Großbritannien jetzt umgehen wie in der Behindertenpädagogik.

(Zurufe von der AfD: Pfui! Das kann nicht sein, die hinken doch nicht! – Beifall von der AfD)

Das ist hässlicher Nationalismus. Das ist 1939.

(Beifall von der AfD – Norwich Rüße
[GRÜNE]: Oh Gott, oh Gott!)

Das, meine Damen und Herren, ist die hässliche Arroganz der Europapolitik.

(Beifall von der AfD)

Aber zum Haushalt: Der Bereich „Europa und Internationales“ spielt im Landeshaushalt größtmäßig eine eher untergeordnete Rolle. Gleichwohl lohnt es sich auch hier, etwas genauer hinzusehen. Was die Landesregierung genauso wie ihre Vorgängerin unter Europa versteht, meint eigentlich EU oder, noch klarer, den EU-Superstaat.

Genau das ist auch anhand der Abgabenstruktur erkennbar. So fördert die Landesregierung zum Beispiel die sogenannte Europa-Union mit 74.000 €. Dieser Klub, der in Wahrheit nichts anderes ist als der verbale Schlägertrupp der EU

(Zuruf von der SPD: Verbaler Schlägertrupp?
Unglaublich!)

und der sie stützenden Altparteien, macht ganz klare Parteipolitik. Er hetzt gegen demokratische Wettbewerber, die ihren EU-Fetischismus nicht teilen, und bekommt zum Dank auch noch das hart verdiente Geld des Steuerzahlers. Das, meine Damen und Herren, gehört ganz sicher nicht in den Landeshaushalt.

(Beifall von der AfD – Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE] – Karl Schultheis [SPD]:
War das nicht 1939?)

So geht es dann weiter: Nordrhein-Westfalen leistet sich eine sogenannte Landesvertretung in Brüssel – und das in einer Größenordnung, die einer echten Botschaft gut zu Gesicht stünde, allein ganze fünf Stellen in der Besoldungsgruppe B. Es ist ja schön, dass Sie den Interessen unseres Bundeslandes in Brüssel Geltung verschaffen möchten, aber jeder, der sich damit auskennt, weiß, dass die Vertretung eines Bundeslandes im Brüsseler Institutionengefüge etwa die Rolle der Vertretung des Staubsaugerherstellerverbandes hat.

(Beifall von der AfD)

Hier wäre eine deutliche Verschlankung des Apparates wünschenswert. Hier bedarf es keiner Prachtimmobilie in bester Brüsseler Lage. Hier wäre es wünschenswert, wenn die Landesregierung die Initiative ergreift und vielleicht eine gemeinsame Vertretung der Länder anstrebt. Die Bayern haben eine sehr reizvolle Immobilie; vielleicht kann man eine Wohngemeinschaft einrichten.

(Beifall von der AfD)

Ähnlich gruselig mutet auch ein Blick in den Bereich Internationales an. Da finanziert der Steuerzahler ein Projekt für gutmenschlich angehauchte Mittel-

schichtskinder, wo sie sich mal richtig austoben dürfen. Da wird dann auf der Website gegen die Bayer AG gehetzt – einen der größten Arbeitgeber des Landes. Da werden aufregende Broschüren herausgegeben wie zum Beispiel: „Fair heiraten“, ein Ratgeber zur Hochzeit mit vermeintlich fair gehandelten Produkten vom Brautschuh bis zum Trauring. So geht das immer weiter.

Immerhin – das möchte ich hervorheben – wollen Sie den Unsinn jetzt ja evaluieren. Das ist zumindest ein Hoffnungsschimmer. Die SPD wehrt sich dagegen – vermutlich, weil sie weiß, wie viel praktischen Wert solch teure Programme tatsächlich haben. Meine Damen und Herren, das ist aber Bundespolitik und gehört nicht in den Landeshaushalt. Eigentlich gehört solch ein Blödsinn in überhaupt keinen öffentlichen Haushalt, aber hierher gehört er ganz sicher nicht.

(Beifall von der AfD)

Liebe Kollegen, wenn Sie gerne Außenpolitik machen – ich weiß, das ist aufregend –, bewerben Sie sich doch für den Deutschen Bundestag. Bis dahin heißt es: Schuster, bleib bei deinen Leisten.

(Beifall von der AfD)

Meine Damen und Herren, in diesem Bereich ist ein Politikwechsel nicht einmal angedeutet. Die Landesregierung rühmt sich noch damit, hier vermeintlich Bewährtes fortzusetzen. Tatsächlich setzen Sie die ideologiegeleitete Europapolitik fort. Aus der Schatulle des Steuerzahlers finanzieren Sie den ewigen Traum vom EU-Superstaat, den die Wähler auf dem ganzen Kontinent mehr und mehr auf den Müllhaufen der Geschichte werfen.

(Beifall von der AfD)

Das Europa, das Sie hier aus Landesmitteln propagieren lassen, ist nichts anderes als eine EUdSSR. Da werden wir nicht mitgehen. Deshalb werden wir diesen Einzelplan ablehnen.

(Beifall von der AfD – Karl Schultheis [SPD]:
Das ist sehr dumm!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Tritschler. – Für die Landesregierung hat das Wort nun Herr Minister Holthoff-Pförtner.

(Karl Schultheis [SPD]: Da klatscht dann ein Gymnasialdirektor! Super! – Gegenruf von der AfD: Herr Tritschler ist kein Gymnasialdirektor! – Helmut Seifen [AfD]: Wollen Sie Nachhilfe haben? – Anhaltende Unruhe – Glocke)

– Kolleginnen und Kollegen, es gibt einen Redner am Pult. Der Minister hat das Wort. Ich darf um Ruhe bitten.

Dr. Stephan Holthoff-Pförtner, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Internationales: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Es geht um den Bereich Europa, internationale Angelegenheiten, Eine Welt.

Für den Bereich Europa sieht der Haushaltsentwurf für das Jahr 2018 Ausgaben in Höhe von rund 2,9 Millionen € vor. Der Gesamtansatz der Titelgruppe Europa hat sich gegenüber dem Jahr 2017 um 105.000 € erhöht. Grund dafür ist, dass Nordrhein-Westfalen am 1. Juli 2018 turnusgemäß für ein Jahr den Vorsitz der Europaministerkonferenz der Länder übernehmen wird.

Mit den im Titel 526 73 neu eingestellten Mitteln finanzieren wir unter anderem auch die Geschäftsstelle der Europaministerkonferenz. Die Zeit des Vorsitzes bietet dem Land Nordrhein-Westfalen als größter Region der EU die Möglichkeit, sich in besonderer Weise als europäischer und europapolitischer Impulsgeber im Kreis der Länder sowie gegenüber dem Bund und der Europäischen Kommission zu präsentieren.

Die Beiträge des Abgeordneten Weiß und des Abgeordneten Rimmel hatten Gemeinsamkeiten, gleichzeitig aber auch sich widersprechende Gemeinsamkeiten. Einmal war es der Etatansatz, dann war es der Etatansatz wieder nicht. Dem Grunde nach waren Sie sich darüber im Klaren, dass Sie uns noch nicht erwischt haben, dass man uns aber misstrauen muss.

(Widerspruch von Johannes Rimmel
[GRÜNE])

– Doch, Sie haben uns zum Beispiel beim Begriff der Einen Welt ermahnt, diesen zu benutzen. Ich könnte mich nicht erinnern, den aus irgendwelchen taktischen oder strategischen Gründen – das Gleiche gilt für den Ministerpräsidenten – irgendwann nicht benutzt zu haben. Ich glaube, dass wir völlig Ihre Meinung teilen, dass wir aber, wenn wir zum Beispiel evaluieren, damit nicht meinen, zu streichen, sondern, darüber nachzudenken, ob wir das gleiche Ziel zweckdienlicher verfolgen können, was Sie auch verfolgen.

Ich würde weder Ihnen, Herr Rimmel, noch Ihnen, Herr Weiß, jemals unterstellen, dass Sie moralisch weniger wertvoll handeln als andere Menschen auch. Ich habe die Bitte, dass Sie das bei uns auch tun. Wir haben vielleicht die gleichen Ansätze, aber Sie sagen: Möglicherweise nutzt ihr die, aber nicht so klug wie wir.

Sie haben auch gesagt, dass wir natürlich bei Ihnen aufsetzen. Es gibt hervorragende Dinge, die die Vorgängerregierung gemacht hat. Wir wären wirklich geschlagen, wenn wir die nicht aufnehmen würden. Es

hat aber Gründe gegeben, warum Sie nicht wiedergewählt worden sind. Diese Gründe versuchen wir zu minimieren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das ist der völlig normale Ansatz. Die Gründe suchen Sie bei uns ja auch. Es würde hier tierisch langweilig, wenn wir bei Ihnen und Sie bei uns aufhören würden zu suchen.

Die europäische Zivilgesellschaft ist ein starker Gedanke des Koalitionsvertrages. Es geht darum, die Zivilgesellschaft in Europa fest zu verankern. Ich darf ein Beispiel aus der Euregioarbeit nehmen oder aus der Arbeit der Beneluxländer. Da geht es nicht um Etatansätze, sondern es geht darum, dass wir uns bemühen, das tagtäglich zu leben, indem wir gemeinsame Projekte angehen, indem wir uns treffen, indem wir Parlamentartreffen vereinbaren.

Um noch einmal zu dem Ansatz zu kommen, den Herr Weiß hatte, dass er sich Sorgen macht wegen der Einen Welt oder der Entwicklungsarbeit: Wenn wir „Evaluierung“ schreiben, meinen wir das. Wir freuen uns darüber, im Ausschuss zu diskutieren, ob wir optimaler und sinnvoller arbeiten können. Natürlich wird der Landtag befasst. Das ist doch nichts, was das Kabinett unter Ausschluss des Landtages ausdiskutieren will.

Ich glaube, dass wir gerade in dem Bereich, den wir bei diesem Haushaltsblock diskutieren – Europa, internationale Angelegenheiten, Eine Welt –, alles Vertrauen verdient haben, dass wir den gleichen moralischen Grundsätzen folgen wie Sie. Da gibt es möglicherweise Unterschiede, die nicht überwindbar sind. Das muss die Demokratie aushalten.

Das Programm zur Förderung der kommunalen Entwicklungsarbeit bietet Kommunen in Nordrhein-Westfalen Anreize zu eigenem entwicklungspolitischem Engagement. Die internationale Zusammenarbeit spielt in Nordrhein-Westfalen eine wichtige Rolle.

Es gibt noch ein Thema: Die Landesregierung finanziert seit vielen Jahren aus Mitteln des Einzelplans eine Israel-Geschäftsstelle. Diese informiert zum einen über die Fördermöglichkeiten zur Unterstützung des Austausches zwischen jungen Menschen aus Nordrhein-Westfalen und Israel. Zum anderen wird sie im Jahr 2018 zur Stärkung des interkulturellen Austausches auch öffentliche Veranstaltungen zu den deutsch-israelischen Beziehungen durchführen.

Daneben sind im Einzelplan noch 50.000 € zusätzlich für ein Förderprogramm zum deutsch-israelischen Jugendaustausch ausgebracht worden. Ich glaube, gerade vor dem Hintergrund von Meldungen, die wir leider im Moment zur Kenntnis nehmen müssen, ist das Bekenntnis zu Israel, das Bekenntnis zum deutsch-israelischen Jugendaustausch und

zum Austausch zwischen jungen Menschen in Nordrhein-Westfalen und Israel von allergrößter Bedeutung.

Über das Programm der entwicklungspolitischen Auslandsarbeit werden wir mit einem Volumen von rund 400.000 € jährlich gemeinnützige Institutionen in Nordrhein-Westfalen fördern. Es gibt auch in diesem Bereich Evaluierungen, aber es gibt auch dort keinen Anlass zu glauben, dass wir uns von irgendeiner Verpflichtung verabschieden wollen, die die vorherige Landesregierung so gesehen hat wie wir. Darüber, dass wir sie möglicherweise schwerpunktmäßig anders wahrnehmen wollen, diskutieren wir im Ausschuss und halte ich für zulässig.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Dr. Holthoff-Pförtner.

Weitere Wortmeldungen zu diesem Abschnitt des Einzelplans 02 liegen mir nicht vor. Damit rufe ich auf:

c) Sport

Zu diesem Abschnitt spricht zunächst für die SPD-Fraktion Herr Kollege Bischoff.

Rainer Bischoff (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Geschichte der diesjährigen Haushaltsberatungen zum Bereich Sport ist eine ganz besondere. Diese will ich gerade schildern.

Zunächst hat die Landesregierung ihren Haushaltsplanentwurf vorgelegt und hat darin 5 Millionen € Mehrausgaben für den Spitzensport vorgesehen. Das fanden wir gut, das haben wir unterstützt und haben gesagt, das ist auch aus der Sicht der Opposition ein richtiger Weg.

Wir haben kritisiert, dass Sie die Sportpauschale im GFG für den Sportbereich verschlechtert oder beliebig gemacht haben, und sehen große Gefahren, dass im Sportbereich wichtige Investitionen wegbrechen werden. Das haben wir kritisiert und dann gefragt: Wo ist denn die Balance zwischen dem Spitzensport und dem Breitensport? Die haben Sie nicht, da haben Sie nichts draufgelegt.

Dann haben wir wie in den Jahren zuvor einen Antrag gestellt, die ehrenamtlichen Trainerinnen und Trainer in den Vereinen nicht nur dadurch zu wertschätzen, dass wir Sonntagsreden halten, sondern auch durch eine Erhöhung der Mittel für die Übungsleiterpauschale. Wir haben beantragt, 900.000 € für diesen Zweck zusätzlich in den Haushaltsentwurf einzustellen.

In den Beratungen der Vorjahre – da haben wir das genauso gemacht – fanden das CDU und FDP richtig gut. Sie haben immer argumentiert, sie fänden es gut, dass man das Ehrenamt wertschätzt. Nur, in diesem Jahr: Ablehnung. – Begründung: keine.

Ich bin gespannt, Herr Nettekoven, Herr Terhaag, ob wenigstens hier im Plenum eine Begründung dafür genannt wird, warum Sie das Ehrenamt außer in Sonntagsreden überhaupt nicht wertschätzen wollen, also warum Sie die Ansätze für die ehrenamtlichen Übungsleiterinnen und Übungsleiter nicht anheben wollen. Jedenfalls haben Sie im Ausschuss keinen Ton von sich gegeben, warum Sie das ablehnen. Sie haben es einfach nur abgelehnt, weil es Ihnen nicht gefiel.

Der nächste Schritt – jetzt lasse ich die Kindereien im Ausschuss einmal weg, dass Sie nicht einmal sagen wollten, welche Anträge Sie stellen wollten – waren dann Ihre Anträge. Darüber stand immer die Überschrift: Wir fördern den Breitensport. Nur, Sie tun es überhaupt nicht.

Ich will das im Einzelnen darlegen. Zum einen handelt es sich um Haushaltsumschichtungen; wir können darauf verzichten, dies weiter zu vertiefen.

Sie fördern dann mit 207.000 € die Flüchtlingsarbeit der Vereine stärker. Ich bin gespannt, Herr Nettekoven, was Sie uns gleich sagen, wie Sie auf den krummen Betrag von 207.000 € kommen.

Für den Zweck „Jugend trainiert für Olympia“ stellen Sie 65.000 € ein. Da muss wohl schon Olympia draufstehen, denn das sind Eliten. Olympia ist nun wahrlich kein Breitensport; das wird wohl niemand behaupten wollen.

Der letzte Punkt unter der Überschrift „Wir fördern den Breitensport“ ist dann die systematische Ausweitung der sportmotorischen Tests, die in den Grundschulen stattfinden sollen. Eine gute Idee, damit haben wir überhaupt kein Problem. Nur, mit Breitensport hat das nun gar nichts zu tun. Denn die sportmotorischen Tests werden mit dem Ziel durchgeführt, Talente für den Spitzensport zu sichten, was man schon daran erkennt, dass sie in den NRW-Sportschulen schon bisher verpflichtend waren. Dort sollen Talente für den Spitzensport gesichtet werden, dort gibt es diese Tests schon lange.

Als Nebenprodukt könnte dabei herauskommen, dass man feststellt, dass Kinder fettleibig sind, dass sie unter Bewegungsarmut leiden, dass sie falsche Essgewohnheiten haben. Es kann ein Nebenprodukt sein, klar, dass man dann mit den Eltern redet. Es soll aus unserer Sicht auch so sein, dass die Lehrerinnen und Lehrer mit den Eltern reden und diesen sagen, ihr müsst darauf achten.

Aber das ist doch keine Systematik für den Breitensport; das ist doch ganz großer Unsinn, was Sie in der Begründung als Überschrift darüber schreiben.

Also da kommt einfach gar nichts. Ihnen fehlt die Balance zwischen Breitensport und Spitzensport, ganz eindeutig. Sie legen beim Breitensport überhaupt nichts drauf, Sie wertschätzen das Ehrenamt nicht in dem Maße, wie Sie es in der Opposition behauptet haben.

Das ist das Fazit: Die Behauptung, der Breitensport würde gefördert, ist ein reines Alibi. Für das Ehrenamt entfalten Sie keinerlei Aktivitäten, und Sie verschlechtern das Verhältnis, die Balance zwischen Breitensport und Spitzensport. Das machen wir nicht mit. Deshalb lehnen wir Ihre Haushaltsanträge und Ihren Haushalt ab. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Bischoff. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Nettekoven.

Jens-Peter Nettekoven (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Bischoff, ich bin froh, dass die sportpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Frau Kraft, heute nicht da ist.

(Rainer Bischoff [SPD]: Das bin ich! Da haben Sie etwas falsch verstanden!)

Sie konnten sich in der letzten Woche im Ausschuss austoben und heute auch noch einmal. Außer Kritik nichts gewesen. Sie haben anscheinend auch keine Ahnung, was Breitensport und was Spitzensport ist.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das sagt der Richtige!)

Der zweite Sprecher hat gesprochen. Sie haben es nicht leicht in der SPD-Fraktion. Das wissen wir, aber es ist so.

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Sie haben es nicht leicht!)

NRW ist das Sportland Nummer eins. Dazu gehören unsere Spitzensportler, die Breitensportler, Trainer, Eltern, Großeltern, Kinder, Lehrer, Funktionäre, die Verwaltung und wir Sportpolitiker.

Wir Sportpolitiker beraten heute über den Sporthaushalt des Sportlandes Nummer eins. Als Präsident des Ringerverbandes von Nordrhein-Westfalen sage ich immer: Ohne Breite keine Spitze!

Der Haushaltsentwurf mit den von der NRW-Koalition eingebrachten Änderungsanträgen sieht insgesamt eine Erhöhung um fast 15 Millionen € für den Breiten- und Spitzensport vor. Kein Wort davon, kein Wort! 5 Millionen für den Spitzensport werden gelobt, aber kein Wort über die anderen 15 Millionen€!

Ich möchte hier ein paar Bereiche zum Thema „Spitzensport“ hervorheben. Sie haben es eben schon gesagt.

Sportstiftung NRW: Durch die Verlagerung der Trainerfinanzierung zum Landessportbund werden monetäre Mittel für die individuelle Förderung unser Spitzenathleten und derer, die es noch werden wollen, frei. Die Vorsitzende der Sportstiftung NRW, Ute Schäfer, hat mir am Freitag ebenso wie der Geschäftsführer, Jürgen Brüggemann, gesagt, dass sie sich sehr auf die neuen Herausforderungen und Chancen für die Sportstiftung freuen.

Zur Stärkung im Breitensport und Sport im Ganztage: Damit wir im Sportland Nummer eins auch zukünftig Spitzenathleten haben, müssen wir bei den Kleinsten anfangen und auch ihnen bessere Bedingungen bieten. Wir investieren deutlich im Bereich Sport im Ganztage.

Die positiven Auswirkungen sportlicher Aktivitäten auf die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen ist vielfach nachgewiesen. Deshalb müssen die Angebote von Sportvereinen im Ganztage ausgebaut werden. Das Fortkommen hängt zentral von den 70 halben Fachkraftstellen im LSB-Programm „NRW bewegt seine KINDER!“ ab, deren Förderung aus dem Kinder- und Jugendförderplan des Landes Ende 2017 ausläuft. Es wird jetzt durch den Sport übernommen. Kein Wort dazu von Ihnen! Es war drei Jahre lang ein Projekt. Dazu haben Sie nichts gesagt.

(Zuruf von Ralf Jäger [SPD])

Meine Damen und Herren, somit ist die Zusammenarbeit von den Sportvereinen mit Kindertagesstätten und Schulen sichergestellt.

Zur Stärkung im Breitensport und den Ausbau der sportmotorischen Tests: Die NRW-Koalition möchte gemeinsam mit der Staatskanzlei Akzente beim Ausbau der motorischen Tests setzen. Mit 1 Million € mehr wird der systematische Ausbau der sportmotorischen Tests an Grundschulen als Basis für die frühe Förderung von Kindern nach ihren individuellen Fähigkeiten

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

und als gute Chance zur Förderung der Gesundheit und zum Abbau motorischer Schwächen angepackt. Als Anfang sollen diese Tests systematisch um die 18 NRW-Sportschulen gelegt werden. Das haben wir seit Jahren gefordert, und jetzt setzen wir es um.

Meine Damen und Herren, mit dem heutigen Haushaltsplan und den Änderungsanträgen der NRW-Koalition im Einzelplan 02 fließen knapp 15 Millionen € in den Breiten- und Spitzensport des Sportlandes Nummer eins. Die neue Landesregierung hat Sport zur Chefsache erklärt und ist ein verlässlicher Partner des Breiten- und Leistungssports. Ich

möchte ein Zitat nennen: Erfolg ist kein Fahrstuhl, sondern eine Treppe.

Die NRW-Koalition und die Landesregierung gehen gemeinsam mit dem LSB, der Sportstiftung NRW, den Olympia-Stützpunkten, den Fachverbänden, den Stadt- und Kreissportbünden, den Spitzensportlern, Breitensportlern, Trainern, Eltern, Großeltern, Kindern, Lehrern und Funktionären diesen Weg. Denn wie hat Johann Wolfgang von Goethe bereits gesagt? Erfolg hat drei Buchstaben: TUN! – Packen wir es an. – Danke schön.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Nettekoven. – Nun spricht für die grüne Fraktion Frau Paul.

Josefine Paul (GRÜNE): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Kollege Nettekoven, mir hat sich gerade die Frage aufgedrängt, ob Sie diese Fülle an Versatzstücken und Phrasen heute Morgen im Adventskalender hatten oder woher dieser Zitate-Kalender kam.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Viel Substanzielles war noch nicht dabei. Aber einsteigen wollte ich eigentlich mit etwas anderem. Bei der Betrachtung der Rednerliste habe ich festgestellt: Heute hat jemand anders in der Landesregierung das große Los gezogen und darf fachfremd für den Bereich Sport sprechen. Heute sind Sie es, Herr Minister. Der Sport freut sich so sehr darüber, dass er jetzt endlich Chefsache ist. Wie ich sehe, ist der Chef tatsächlich auch zugegen. Im Sportausschuss ist er das nicht. Reden tut er im Plenum auch nicht dazu.

(Zuruf von Ministerpräsident Armin Laschet)

– Genau, darauf wollte ich hinaus, Herr Ministerpräsident. Das ist aus meiner Sicht auch gar nicht schlimm; denn mit der Frau Staatssekretärin ist der Sport sehr kompetent vertreten.

Aber, aber, aber in der rot-grünen Landesregierung musste sich die Chefin des Sports nicht in der hinteren Reihe verstecken, sondern durfte als Ministerin sogar selbst am Redepult sprechen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Jetzt stellt sich die Frage, ob das Chefsache ist oder ob der Sport bei der selbsternannten NRW-Koalition in der zweiten Reihe sitzt.

Aber beginnen wir mit der Einigkeit. Die Stärkung der Trainerfinanzierung finden wir gut. Das hat der Kollege Bischoff schon gesagt. Das ist der richtige Weg. Die Zusammenführung der Trainerfinanzierung und der Trainer beim LSB ist auch sinnvoll. Aber uns stellt

sich trotzdem nach wie vor eine Frage. Darauf habe ich schon im Ausschuss hingewiesen.

Das Ansinnen der stärkeren Förderung der Athletinnen und Athleten ist auch richtig. Die Frage ist, ob die gleichzeitige Stärkung der paralympischen Sportarten durch die Bündelung bei der Sportstiftung am Ende des Tages wirklich für alle ein Plus bedeutet oder es am Ende das Modell „rechte Tasche, linke Tasche“ ist und für niemanden mehr übrigbleibt.

Wir sagen klar Ja zur Stärkung der individuellen Förderung der Athletinnen und Athleten. Zur Stärkung der paralympischen Sportarten würden wir gern im Detail noch ein bisschen mehr erfahren als das, was Sie uns schon im Ausschuss vorgetragen haben.

Auch die Sportstättenförderung habe ich im Ausschuss schon angesprochen. Das ist eines der zentralen Themen auch dieses Sporthaushalts, über das wir uns immer wieder ausgetauscht haben. Es geht zum einen um die Deckungsfähigkeit. Ich kann immer wieder nur sagen: Ich finde es wirklich schön, dass Sie dem Sport angeraten haben, er solle lauter schreien, damit er sich gegen die Bildung und gegen die Bildungspauschale durchsetzen kann. Ich glaube, verantwortungsvolle Landespolitik sorgt dafür, dass es kein Gegeneinander von Sport und Bildung gibt, sondern dass ausreichend Mittel für beide Seiten zur Verfügung stehen, Frau Staatssekretärin.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Da wäre das Geld gut angelegt.

Aber es gibt noch weitere interessante Dinge bei der Sportstättenförderung. Auch das habe ich im Sportausschuss schon gesagt. Ich finde es ganz bemerkenswert, wie diese Landesregierung es schafft, den Sanierungsstau bei den Sportstätten immer weiter kleinzurechnen. Zuerst sagt die Staatssekretärin, es gibt einen Sportstätten-sanierungsstau zwischen 8 Milliarden € und 3 Milliarden €. Wir haben uns auf 3 Milliarden € geeinigt. Im Ausschuss sagten Sie dann, es sind nur noch 2 Milliarden €. Im Haushalt sind null Euro eingestellt. In diesem rasenden Tempo hat noch niemand den Sanierungsbau abgebaut.

Es geht aber auch um die Förderung des Breitensports. – Kollege Nettekoven, Sie haben gerade versucht, uns zu erklären, was Ihre Änderungsanträge für den Haushalt eigentlich beinhalten. Wir hatten es auch schon im Ausschuss, und auch da hatten wir große Fragezeichen. Jetzt haben wir die Anträge schwarz auf weiß; das war im Ausschuss noch nicht der Fall. Das ist aus meiner Sicht in Ordnung, aber jetzt frage ich mich immer noch das Gleiche wie im Ausschuss, und Herr Bischoff hat sich das auch schon gefragt.

Sie schreiben hier: „Zuwendungen zur Förderung des Sports“ usw., „Breitensport“, und dann kommt: Sie wollen Geld in die Förderung der motorischen

Tests stecken. So weit, so gut – Sie kennen meine kritische Haltung, dass die Kuh vom Wiegen nicht fetter wird –, aber zu behaupten, dass es den Breitensport stärken würde, wenn man einen Test unterstützt und vergessen hat, Geld für die Angebote einzustellen, die dahinterliegen müssen, ist in der Tat ein bemerkenswerter Zaubertrick, den Sie hier aufgeführt haben.

Offensichtlich scheinen Sie sich aber nicht daran zu stören, dass Sie nach wie vor nicht verstanden haben, dass man, wenn man erst etwas testet und dann gegebenenfalls ein Defizit feststellt, vielleicht auch noch das Angebot hinterlegen muss. Ich würde mir wünschen, dass Sie vielleicht in der dritten Lesung noch etwas einbringen, womit Sie die Sportvereine tatsächlich stärken.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Dann haben Sie es auch noch fertig gebracht, unter der Stärkung des Breitensports die 250 000 € zu subsumieren, die für die Olympiastützpunkte vorgesehen sind. Auch das müssten Sie uns noch einmal erklären, inwiefern die Olympiastützpunkte den Breitensport stärken. Natürlich kann man sagen: „Keine Spitze ohne Breite“, aber im Grunde genommen könnte man dann auch sagen, es gibt auch keine Hochschulabsolventinnen und -absolventen, wenn niemand in der Grundschule anfängt. Trotzdem würde ich nicht sagen, dass die Förderung von Grundschulen automatisch dem Wissenschaftshaushalt zuzuschlagen ist, Herr Kollege.

Im Großen und Ganzen sind wir uns aber in vielen Dingen einig. Das hat nicht nur etwas damit zu tun, dass die vielbeschworene Sportfraktion immer in vielen Dingen einer Meinung ist, sondern es hat offenkundig auch etwas damit zu tun, dass die rot-grüne Landesregierung gar nicht so schlecht gearbeitet haben kann.

Ich bin sehr gespannt, was nun in dem neuen Pakt für den Sport stehen soll – oder wie auch immer er jetzt heißen soll, „Sportland Nummer 1“ –, denn das Entscheidende, auf das der Sport ja auch wartet, ist das Signal, dass auf fünf Jahre festgeschrieben wird, dass sie eine Planungssicherheit haben. Das hat Rot-Grün erstmals für den Sport gewährleistet, und ich setze darauf, dass Sie an diese Tradition anknüpfen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Paul. – Nun spricht für die FDP-Fraktion Herr Kollege Terhaag.

Andreas Terhaag (FDP): Vielen Dank. – Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Mehr Geld im Sport bedeutet mehr Gestaltungsspielraum im Sport. Wir setzen mit dem Haushaltsentwurf 2018 ein

Zeichen für den vielschichtig hohen Stellenwert, den wir im Sport sehen. Ich bin sehr stolz darauf, dass wir es unmittelbar nach der Übernahme der Regierungsverantwortung geschafft haben, den Sport in der Gestaltungsliga des Haushalts in wichtiger Position mitspielen zu lassen. Das ist wohltuend, denn Sport ist das ideale Lebensrezept für jeden Einzelnen von uns und gleichzeitig ein unverzichtbares Element für die Zivilgesellschaft.

Ich freue mich, dass die NRW-Koalition mit unserem ersten eigenständigen Haushalt für das Jahr 2018 viel Bewegung in den Sport bringen konnte. Mit rund 15 Millionen € Mehrausgaben gegenüber dem alten, rot-grünen Haushaltsetat stärken wir den Sport deutlich. Heute ist sozusagen der Spatenstich für eine solide Grundlage, die wir dem Leistungs- und Breitensport ab 2018 gemäß unserer Verabredungen aus dem Koalitionsvertrag geben werden.

Im Leistungssportbereich hat die NRW-Koalition gleich einen Dreifachtreffer gelandet: Erstens hat sie die undurchsichtige Doppelzuständigkeit bei der Trainerfinanzierung von Landessportbund und der Sportstiftung NRW beendet und hierdurch eine erste wirksame Entfesselungsmaßnahme vorgenommen. Die Trainer erhalten dadurch nun ihre Verträge mit festgesetzten Laufzeiten aus einer Hand, nämlich vom Landessportbund. Damit schaffen wir für die Trainer ein wirksames Stück weit mehr Sicherheit über ihr Einkommen und ihre Beschäftigungssituation.

Zweitens erhält der Landessportbund für diese Trainer 5 Millionen €. Das heißt, es ist nicht nur Finanzmasse für bestehende Trainerstellen vorhanden, sondern es können sogar neue Trainer eingestellt werden. Hierfür stellen wir zusätzlich 1 Million € zur Verfügung. Damit stärken wir das Fundament für einen erfolgreichen Leistungssport, oder anders gesagt: Mit mehr Trainern können wir die Betreuung und Ausbildung unserer Spitzensportler verbessern und sie optimal auf Wettkämpfe vorbereiten.

Drittens behält die Sportstiftung NRW ihre bestehende finanzielle Aktionsmasse. Somit stehen für die Athletenförderung ab 2018 2,5 Millionen € mehr zur Verfügung. Dadurch hat NRW deutliche Vorteile gegenüber anderen Ländern.

An dieser Stelle möchte ich nur kurz daran erinnern, dass erfolgreiche Athleten Aushängeschilder für unser Land sind. Mit ihren Medaillen werben sie für unser Land. Sie machen unser Land nicht nur stark und konkurrenzfähig, sondern auch international bekannt. Für unsere Wirtschaft und auch für unsere Bürger ist das ein wichtiger Faktor.

Gehen wir aber zurück zum Sporthaushalt. Seit gut einem Monat, also seit Mitte November beraten wir im Landtag den Landeshaushaltsentwurf 2018. Im Haushaltsentwurf sind bereits finanziell die Mehraus-

gaben für die Fortschreibung des Ende 2017 auslaufenden Pakts für den Sport enthalten. Damit bestehen für den Landessportbund und die gesamte Sportfamilie Planungssicherheit hinsichtlich der Ausgaben im Rahmen des neuen Plans „Nr. 1: Sportland NRW“ für 2018 und folgend. Wir gehen somit mit dem Landessportbund partnerschaftlich um und drücken so unsere Wertschätzung ihm gegenüber, aber auch gegenüber allen Sportvereinen und Sportverbänden in unserem Land aus.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wie bereits mein Fraktionsvorsitzender Christof Rasche in der Plenardebatte zur Einbringung des Landeshaushalts angekündigt hat, werden wir den Breitensportbereich mit knapp 4 Millionen € gegenüber dem ersten Haushaltsentwurf verstärken. Diese Verstärkung soll im Einzelnen erfolgen durch 2,4 Millionen €, die unter anderem Aktivitäten im Sport für Jung und Alt stärker unterstützen. Dabei planen wir zusätzlich 800 000 € zur Gesundheitsprävention und Sport im Alter ein.

Außerdem wollen wir nach Auslaufen des Modellprojekts „KommSport“ Ende 2017 in der Fläche mit der motorischen Testung der Fertigkeiten und Fähigkeiten unserer Kinder starten. Zunächst bietet es sich an, die motorische Testung an Grundschulen im Umkreis unserer 18 Sportschulen in NRW zu starten. Wir wollen nämlich zum einen die Talentsicherung professionalisieren und zum anderen für bewegungsschwache Kinder Interventionsmaßnahmen anbieten.

Weiterhin wollen wir mit einer Förderung in Höhe von 1,1 Millionen € die gute Kooperation von Sportfachkräften im Bereich Schule und Ganzttag fortsetzen. Wir kompensieren damit den ab 2018 wegfallenden Fördermittelanteil aus dem Kinder- und Jugendförderplan in Höhe von 700 000 € und erhöhen gleichzeitig die Ausgaben um 400 000 €, um den tatsächlichen Kosten pro Stelle gerecht zu werden.

Weiter werden wir mit mehr als 200.000 € die gut laufende Integrationsarbeit im Breitensport unterstützen; denn gerade hier zeigt sich beispielhaft, wie niedrigschwellig Sport unsere Gesellschaft verbinden kann.

Aus diesem Grund stimmt die FDP-Landtagsfraktion dem Sporthaushalt gerne zu. Ich möchte mich an dieser Stelle auch bei meinem Koalitionspartner für die gute und gelungene Zusammenarbeit bedanken. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Terhaag. – Nun spricht für die AfD-Fraktion Herr Dr. Vincentz.

Dr. Martin Vincentz (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Es mag einer Déformation professionelle in Folge meines Arztberufes geschuldet sein, dass für mich Sport und sportliche Betätigung immer auch mit der Frage verbunden sind: Was bringt der Sport für die Gesundheit des einzelnen Menschen und für die Lebensqualität der gesamten Bevölkerung in unserem Land?

In diesen Zeiten vorherrschender Bewegungsarmut ist Sport als Sicherung der körperlichen Leistungsfähigkeit und Gesundheit bis ins hohe Alter viel wichtiger als zu den Zeiten, als das durchschnittliche Leben in Deutschland regelhaft für fast alle mit gehöriger körperlicher Anstrengung verbunden war. Also gerade heute bräuchte es eine mutige Sportpolitik, um Krankheiten von gesellschaftlicher Dimension wie Diabetes entgegenzutreten, während ich heute Mittag schon wieder sehen konnte, dass die Politik mit gutem Beispiel vorangeht bei Currywurst und Pommes.

(Beifall von der AfD)

Natürlich darf man auch die soziale Dimension des Sportes nicht verkennen, die Freude des Zuschauers an Leistung und Sieg des Sportlers oder des Teams, dem man sich in besonderer Weise verbunden fühlt. All das bedeutet: Wenn wir von Sport reden, reden wir zugleich über zwei grundsätzlich verschiedene Aspekte: die körperliche Ertüchtigung des Einzelnen zum einen und die Höchstleistung oder den Sieg im Spiel zum anderen, der Breiten- und der Leistungssport.

Betrachte ich nun das Kapitel des Landeshaushalts, das dem Sport gewidmet ist, kann ich nicht feststellen, dass die Ablösung der rot-grünen Regierung durch die schwarz-gelbe Koalition auf den Haushalt grundlegende Neuausbalancierungen der beiden Aspekte zur Folge gehabt hätte. Frei nach Tuscholsky: Würden Wahlen etwas ändern, wären sie wahrscheinlich verboten. Aber vielleicht ist es auch einfach von der neuen Regierung zu viel verlangt, dass neue Ansätze und Weichenstellungen schon im ersten vorgelegten Haushalt erkennbar wären.

Beschäftigen wir uns also mit den Ankündigungen und den Aussagen der Regierung im zuständigen Ausschuss, die uns die schwarz-gelbe Zukunft des Sports für NRW zumindest erahnen lassen dürfen.

Im Ausschuss gab es, euphemistisch gesprochen, lebhaftere Diskussionen dazu, ob Neuregelungen hinsichtlich der Verwendung der Sportpauschale wirklich vor Ort Vorteile bringen oder ob das Ganze nur eine Luftnummer darstellt. Da möchte ich den früheren Ministerpräsidenten Johannes Rau zitieren; das muss man auch aushalten, Entschuldigung: An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen. – Also warten wir doch den Erfolg oder Misserfolg bitte erst einmal ab.

Was ist darüber hinaus angekündigt? – Der „Pakt für den Sport“ soll weiterentwickelt werden. Da würde ich gerne zeitnah erfahren, was sich auch immer hinter dieser Worthülse der Weiterentwicklung verbirgt. Die Kooperation von Kindergärten, Schulen und Vereinen soll ebenfalls weiterentwickelt werden. Die Frage auch hier: gefällige Worthülse, oder gibt es irgendein Ziel, was vielleicht in der Zukunft dahinter stehen könnte?

Die 18 NRW-Sportschulen sollen – man ahnt es schon – weiterentwickelt werden, und zwar durch eine systematische Zusammenarbeit. – Aha. – Hier wird nicht nur entfesselt, hier wird auch weiterentwickelt von der NRW-Koalition, und natürlich alles durch gute Heiße-Luft-Politik.

Die Rahmenbedingungen für den Spitzensport sollen dieses Mal nicht weiterentwickelt, sondern verbessert werden, also sozusagen weiterentwickelt oder entfesselt.

Ein Aktionsplan „Sport und Inklusion“ soll neu entwickelt werden, also sozusagen in die Realität aus den Wunschträumen der Grünen weiterentwickelt.

Und die Bewerbung für die Olympischen Spiele 2032 der Rhein-Ruhr-Olympic City – meine Damen und Herren, es heißt wirklich so – soll von der Landesregierung unterstützt werden.

Fazit durch meine Fraktion: Der Terminus „Weiterentwickeln“ ist wirklich stark abgenutzt, geändert wurde bislang wenig.

Was also im Bereich Sport wird, steht eher in den Sternen als konkret in den Verlautbarungen zum Haushalt unserer Regierungskoalition. Hoffen wir das Beste, während der Diabetes unsere Bevölkerung dahintrifft. NRW hätte wirklich mehr verdient. – Danke schön.

(Beifall von der AfD und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Dr. Vincentz. – Für die Landesregierung hat das Wort nun der Ministerpräsident, Herr Laschet.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Armin Laschet, Ministerpräsident: Vielen Dank, Herr Präsident. Ich möchte zunächst mit einer Bemerkung zu zwei Wortbeiträgen beginnen. Der Kollege Rammel hat gesagt:

Wir messen den Erfolg der Europapolitik daran, wie die Haushaltsstelle ist. Da die Haushaltsstelle genauso ist wie vorher, deshalb machen Sie keine Europapolitik.

Die Kollegin hat eben gefragt: In welcher Reihe sitzt eigentlich die Staatssekretärin? Und daran messen wir jetzt, wir ernst Sie den Sport nehmen.

Man kann beides auch umgekehrt sagen. Indem wir entschieden haben, einer Staatssekretärin die Verantwortung für Sport und Ehrenamt zu geben, die jeden Tag im Land unterwegs ist, holen wir das in die Staatskanzlei zum Ministerpräsidenten. Es ist daher eben nicht so, dass das ein Minister so nebenher macht, sondern es ist so, dass eine Person Sport und Ehrenamt in den Mittelpunkt stellt. Das war die Absicht.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Bei der Europapolitik – um das auch das noch einmal zu sagen – kann man da Impulse setzen. Man kann die Botschafter der Europäischen Union intensiv zum Kontakt einladen, Veranstaltungen durchführen, auch mal einen Namensbeitrag schreiben, den ersten Besuch in den Niederlanden absolvieren, um dann zu verabreden, demnächst zu gemeinsamen Kabinettsitzungen von Nordrhein-Westfalen und den Niederlanden zu kommen. Das kann man so machen, findet man aber in keiner einzigen Haushaltsstelle. Insofern kann man Politik auch gestalten, ohne dass man eine Haushaltsstelle zum Vorjahr verschiebt.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Bischoff?

Armin Laschet, Ministerpräsident: Ja.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön, Herr Bischoff.

Rainer Bischoff (SPD): Danke schön, Herr Ministerpräsident, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. Sie haben jetzt die Doppelfunktion bei Frau Milz mit Sport und Ehrenamt betont. Und Herr Nettekoven war in meinen Augen eine Enttäuschung, weil er meine Frage wiederum nicht beantwortet hat, warum Sie dann das Ehrenamt im Sportetat gar nicht weiter fördern wollen.

Ihre Fraktion hat in den letzten zwei Jahren jeweils die Übungsleiterpauschale mit uns gemeinsam angehoben. Als Sie Opposition waren, haben Sie das begrüßt. Jetzt, wo Sie Regierungsfraktion sind, machen Sie das nicht mehr. Es gibt keine einzige Erklärung Ihrer Fraktion, warum sie das nicht mehr macht.

Deshalb frage ich jetzt Sie als Ministerpräsidenten: Wenn Sie doch eine Staatssekretärin für Ehrenamt und Sport haben, dann müssten Sie doch die Ehrenamtlichen besonders würdigen und dem zustimmen wollen, was wir beantragt haben, nämlich das Ehrenamt zu stärken, indem man den Antrag annimmt.

Armin Laschet, Ministerpräsident: Das stand sogar auf dem zweiten Blatt, da ich mir vorgenommen hatte, auf die Fragen von Herrn Bischoff zu antworten und ihm zu erklären, dass erstens bei der Ehrenamtsdebatte schon betont worden ist, was das alles für den Sport bedeutet, und wir zweitens eine Ehrenamtsinitiative des Landes vor uns haben, in der der Sport einen ganz großen Bereich umfasst. Das ist die Idee, wie das miteinander verknüpft wird.

Es ist da einer Ihrer Anträge abgelehnt worden. Das kann man natürlich noch einmal bekannt machen, indem man den drei-, viermal in die Debatte einführt. Nur, wir reden nicht über Ihren Antrag, sondern über die vielen Ehrenamtlichen, die durch die Ehrenamtsinitiative unterstützt werden.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die 5 Millionen € für verlässliche und bedarfsgerechte Finanzierung von Trainerinnen und Trainern sind auch nicht so, wie Sie es gesagt haben, nämlich nur für potenzielle Olympioniken, die da jetzt gefördert werden, sondern auch hier wird der Breitensport seinen Anteil haben.

Insgesamt erhöhen wir auch das Geld für die Aufgabe Sport, nämlich mit ca. 5 Millionen €. Wie ich gelesen habe, haben die Fraktionen noch einmal 3,7 Millionen € zusätzlich beantragt, sodass der Sport im nächsten Jahr, glaube ich, in guter Weise ausgestattet wird und wir in Kürze die Zielvereinbarung „Sportland Nordrhein-Westfalen“ mit allen Verbänden auf den Weg bringen können. Diese Verbände sind übrigens froh, dass sie diese Staatssekretärin als Ansprechpartner haben, weil sie – im Gegensatz zum Ministerpräsidenten – auch noch sportlich selbst aktiv ist.

Zum Thema „Sportpauschale und Sportstätten“. Die Kommunen sind hier unsere ersten Ansprechpartner. Sie können die Sportpauschale nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz eigenständig zur Verbesserung der kommunalen Sportstätteninfrastruktur einsetzen. Der Sport wird von der erhöhten Sportpauschale gemäß § 18 Gemeindefinanzierungsgesetz profitieren. Gleichzeitig wird die Sportpauschale auch für kleine Kommunen angehoben; denn der Mindestbetrag, den jede Gemeinde bekommt, soll von 40.000 auf 60.000 € angehoben werden.

Zukünftig sollen die Kommunen die Sport-, die allgemeine Investitions- und die Bildungspauschale im Rahmen einer gegenseitigen Deckungsfähigkeit bewirtschaften können. Die Kommunen als Träger von Sportstätten und Bädern werden so künftig in die Lage versetzt, auch Modernisierung und Neubau der Sportinfrastruktur voranzubringen.

(Vereinzelter Beifall von der CDU)

Jetzt eine letzte Bemerkung zu Frau Paul. Frau Paul, Sie haben hier jetzt gerade vorgetragen, es gebe einen Sanierungsstau von 3 bis 8 Milliarden €.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Das sagt Ihre Staatssekretärin!)

– Ja, haben wir ihn oder nicht? Ich habe Sie so verstanden, dass wir ihn haben und dass wir endlich etwas tun sollen.

(Matthi Bolte-Richter [GRÜNE]: Fragen Sie doch Ihre Staatssekretärin!)

– Okay, passen Sie auf: Wenn wir ihn haben und die Kollegin Josefine Paul es sich zu eigen macht, dass wir einen solchen riesigen, milliarden schweren Sanierungsstau haben, dann würde ich das zu jedem Zeitpunkt bringen, aber nicht ein halbes Jahr, nachdem ich abgewählt worden bin.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Denn so schnell kann das nicht beseitigt werden. Ich kann Ihnen aber die Antwort der Staatssekretärin bringen.

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

Es kommt im Jahre 2018 ein Sportstättenanierungsprogramm, und dann wird genau ein Teil dieses Sanierungsstaus abgebaut, den Sie mir und der netten Staatssekretärin hinterlassen haben. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident Laschet. Weitere Wortmeldungen liegen mir zu dem Teil c, Sport, nicht vor.

Dann rufe ich auf den Teil

d) Medien

Die Aussprache ist eröffnet. An das Pult tritt für die SPD-Fraktion Herr Kollege Vogt.

Alexander Vogt (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit Spannung haben wir Ihren Haushaltsentwurf für den Medienbereich erwartet. Das gut aufgestellte Medienland Nordrhein-Westfalen haben Sie in der Vergangenheit ja immer wortreich kritisiert. Sie kündigten hier zu Oppositionszeiten immer wieder an, dass Sie alles anders machen würden. Was aber legen Sie uns jetzt vor? – Einen Haushalt, der auf Beständigkeit setzt, ohne eigene Akzente, ohne die groß angekündigten Ideen. Sie haben überwiegend das übernommen, was bereits die SPD-geführte Landesregierung auf den Weg gebracht hat.

Es gibt etwas mehr Geld für die Filmstiftung; das ist richtig. Aber wo stehen wir denn, wenn wir auf Nordrhein-Westfalen blicken? – NRW hat sich in den letzten Jahren unter rot-grüner Führung zu einem starken Medienland entwickelt. NRW ist Sitz großer Verlage mit klassischen Print-Zeitungen, Büchern. Die

Radiolandschaft bietet mit sechs Sendern des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und 45 lokalen privaten Radiosendern eine Vielfalt im lokalen Bereich, wie es sie sonst in keinem anderen Bundesland gibt. Der TV-Bereich ist stark. Wir sehen den WDR. Wir sehen RTL. Ein Drittel aller Sendeminuten wird in Nordrhein-Westfalen produziert. Das Gleiche gilt für den Kinostandort NRW. 15 der Top-20-Produzenten sitzen bereits in diesem Bundesland.

Aber die Medienlandschaft verändert sich natürlich. Das Nutzerverhalten ändert sich. Die Rahmenbedingungen ändern sich. Da ist die Frage: Wie reagiert diese Landesregierung? Wie reagiert sie mit diesem Haushaltsentwurf auf die Veränderungen?

Ein paar Beispiele: Die lokale Medienvielfalt nimmt ab, Zeitungsmärkte werden kleiner. Diese zu stärken, ist wichtig und Aufgabe der Politik. Wir haben hier als SPD-geführte Landesregierung einiges auf den Weg gebracht. Wir haben die Stiftung Vor Ort NRW staatsfern bei der LfM organisiert. Was haben Sie hier bei Einrichtung dieser Stiftung getobt, und was haben Sie kritisiert.

Wenn wir uns das nun ansehen, dann stellen wir fest, es wird ein bisschen umorganisiert. Die Aufgaben der Stiftung bleiben aber. Wir finden es gut, dass Sie endlich erkannt haben, dass die Förderung von lokalem Journalismus eine wichtige Aufgabe ist.

Aber was sind jetzt die eigenen Vorschläge, und was bildet der Haushalt ab, wodurch die Medienvielfalt gestärkt werden soll? – Da gibt es nur Fehlanzeige.

Ein weiteres Beispiel: Wie breit aufgestellt die Medienlandschaft in Nordrhein-Westfalen ist, wird jedes Jahr beim Medienforum deutlich. Teilnehmer weit über Nordrhein-Westfalen hinaus kommen in dieses Bundesland. Jedes Jahr wurde hier, insbesondere durch Herrn Nückel und auch Herrn Schick im letzten Jahr, großes Theater veranstaltet und Kritik geübt. Herr Nückel überschlug sich in dramatischen Superlativen: „Bedeutungstod“, „wird nicht mehr zur Kenntnis genommen“. Man dachte doch: Da kommen Sie an die Regierung, und aufgrund dieser Dramatik wird sofort mit der Arbeit begonnen.

Wenn wir in den Haushalt schauen: neue Konzepte, neue Modelle hierfür? – Fehlanzeige. Das ist schade.

(Thomas Nückel [FDP]: Die Schubladen waren leer!)

Lassen Sie mich noch auf einen weiteren Bereich blicken, der uns besonders am Herzen liegt, und das ist der Bereich Medienkompetenz. Wie kann ein guter und kritischer Umgang mit Medien gelernt werden? In den vergangenen Jahren wurden vielfältige Medienkompetenzprojekte auf den Weg gebracht. Der Medienpass in Grundschulen und weiterführenden Schulen, außerschulische Bildungsträger sind aktiv: die LfM, der WDR, das Grimme-Institut.

Und auch hier die Frage: Was machen Sie in diesem Bereich? – Sie sichern ab, Sie ruhen sich darauf aus, was zuvor initiiert und was von der alten Landesregierung gefördert wurde. Neue Ideen? – Fehlanzeige.

Dabei gäbe es viel zu tun, beispielsweise bei der Fragestellung, wie wir miteinander im Netz umgehen. Viele Menschen, die sich ehrenamtlich in Kirchen, in Vereinen engagieren, sind Beleidigungen und Bedrohungen im Netz ausgesetzt. Auch Schülerinnen und Schüler kennen zu Genüge das Thema „Cybermobbing“.

Wo sind hier Projekte der Landesregierung, die da entgegenwirken können?

Sie setzen auf die bestehenden Projekte. Der Tag der Medienkompetenz wird fortgesetzt – das ist richtig –, Sie wollen die Förderung von Freifunk weiterführen – das ist auch richtig –, und Sie wollen den Medienpass in den Schulen auch weiterführen, wie Herr Liminski im Ausschuss ausgeführt hat. Schön, dass Sie erkannt haben, dass das alles richtige und gute Initiativen der SPD-geführten Landesregierung waren. Ja, und es ist gut, dass Sie diese fortsetzen wollen.

Aber, meine Damen und Herren, es ist schade, dass Ihrerseits keine eigenen Ideen und eigene Projekte eingebracht werden und im Haushalt wiederzufinden sind.

Abschließend kann man sagen: Angesichts der Ankündigungen, angesichts Ihrer maßlosen Kritik in der Oppositionszeit ist dieser Haushaltsentwurf, bei dem Sie jetzt die Möglichkeit haben, Neues auf den Weg zu bringen, eine Enttäuschung. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Vogt. – Für die CDU-Fraktion spricht nun Frau Stullich, und sie hält damit heute ihre erste Rede. Dafür wünschen wir Ihnen alles Gute, Frau Kollegin. Sie haben das Pult und das Wort.

Andrea Stullich (CDU): Danke schön. – Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu vorgerückter Stunde und nach immerhin schon 93 Haushaltsreden heute wünscht sich vielleicht der eine oder andere von Ihnen, dass die alte Radioweisheit wieder gilt: Und bist du noch so fleißig, nichts geht über 1:30.

Ich muss Sie enttäuschen: Das werde ich nicht hinbekommen. Der Medienetat hat zwar nur einen Anteil von 0,03 % am gesamten Haushalt – das ist natürlich eine eher marginale Größenordnung –, der Etat ist aber keinesfalls unbedeutend, und er ist es allemal wert, länger als nur 1:30 darüber zu reden.

Kein gesellschaftlicher Bereich hat in den letzten Jahren eine so rasante Entwicklung erlebt wie der Bereich Medien und Kommunikation. Moderne Medienpolitik muss mit dieser Entwicklung Schritt halten. Das gilt auch für den Haushalt, mit dem wir Nordrhein-Westfalen als modernen Standort für Film, Fernsehen und die Gamesbranche weiterentwickeln und zukunftsfähig machen wollen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, ich danke Ihnen, dass Sie genau das bei der Beratung im Medienausschuss durch Ihre Enthaltung bzw. sogar durch Ihre Zustimmung schon anerkannt haben und unterstützen. Wir sichern im Etat zum Beispiel die Zuschüsse für das Mediengründerzentrum NRW und für das Film Festival Cologne. Wir planen einen Kongress im Rahmen der Gamescom 2018, um die Qualität von Computerspielen zu fördern. Wir schreiben den Förderzuschuss für das Grimme-Institut auf dem Niveau der letzten beiden Jahre fort. Und wir tragen mit 700.000 € dazu bei, das Filmerbe in Deutschland zu bewahren.

Das wichtigste Projekt aber ist die Förderung der Film- und Medienstiftung NRW. Die Förderprogramme dieser Stiftung stärken die Wertschöpfung am Film- und TV-Standort Nordrhein-Westfalen. Diese Entwicklung wollen wir weiter vorantreiben. Deshalb ist im Haushaltsentwurf ein Plus von 1 Million € auf dann zunächst 10,6 Millionen € für die Film- und Medienstiftung geplant. Wir wollen damit einerseits die klassische, aber natürlich auch die innovative Medienwirtschaft in Nordrhein-Westfalen weiter stärken, also den Bereich Film und Fernsehen genauso wie Games, Webvideo oder Crossmedia.

Meine Damen und Herren, die Medienwirtschaft in Nordrhein-Westfalen ist in ihrer Entwicklung und Kreativität einzigartig in Deutschland, aber sie kann eben noch besser werden.

Die Fraktionen von CDU und FDP setzen darum in ihrem Änderungsantrag einen zusätzlichen medienpolitischen Akzent, übrigens einen sehr deutlichen Akzent, Herr Vogt. Mit einer weiteren Million Euro wollen wir nämlich auch den Bereich neuer TV-Formate deutlich stärken und vor allem hochwertige Serien fördern, Serien in der Tradition aufwändiger und erfolgreicher amerikanischer Serien wie „Mad Men“, „Breaking Bad“ oder „House of Cards“.

Gerade bei Serien, die international konkurrenzfähig sind, hat Deutschland enormen Rückstand, und Nordrhein-Westfalen hat mit Bayern und Berlin große Konkurrenten, die kräftig in die Standortförderung investieren. Bestes Beispiel für so ein hochwertiges neues Serienformat aus Deutschland ist die bildgewaltige historische Drama-Serie „Babylon Berlin“ von Tom Tykwer, eine Co-Produktion in 16 Folgen, unter anderem von ARD und Sky.

Das Projekt „Babylon Berlin“ wird unter anderem von der Europäischen Union, vom Medienboard Berlin-

Brandenburg und eben von der Film- und Medienstiftung Nordrhein-Westfalen unterstützt. Die knapp 300 Drehorte liegen in Berlin und Umgebung, aber auch hier bei uns in Nordrhein-Westfalen.

„Babylon-Berlin“ konnte unter anderem in zehn europäische Länder und in die USA verkauft werden, und solche Produktionen haben eben nicht nur einen ökonomischen Stellenwert. Das sind Projekte, die Wirtschaftspolitik und Kulturpolitik erfolgreich miteinander verbinden. Genau das wollen wir unterstützen.

Meine Damen und Herren, hochwertige Serienproduktionen Made in NRW, eine florierende Games-Branche und die wachsende Filmwirtschaft, dieses Potenzial in Nordrhein-Westfalen wollen wir fördern. Daran arbeiten wir, und dafür geben wir gerne 2 Millionen € mehr aus. Denn nicht nur die Kultur, sondern auch die Medienpolitik und eben die Medienwirtschaft sind die Gewinner dieses Etats.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Im Wettbewerb mit Bayern und Berlin, den NRW schon zu verlieren drohte, machen wir mit diesem Etat wieder Boden gut.

In diesem Sinne stimmen wir natürlich dem Entwurf zu und bitten Sie herzlich um Ihre Unterstützung.

Beim nächsten Mal klappt es dann vielleicht auch in 1:30 Minuten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Stullich. Herzlichen Glückwunsch zu Ihrer ersten Rede! Ihnen wird jetzt ordentlich gratuliert. Ich habe festgestellt, dass Sie dies in Ihrer Fraktion so eingeführt haben. Das ist sehr auffällig. Sie machen das natürlich ganz still und leise, damit der nächste Redner nun sprechen kann. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht der Fraktionsvorsitzende, Herr Klocke.

Arndt Klocke (GRÜNE): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich spreche heute zum wiederholten Male nach einer Jungfernrede aus der CDU-Fraktion. Ich gratuliere natürlich ebenfalls.

Ich versuche es dann auch einmal in 1:30 Minuten, liebe Frau Kollegin Stullich. Das gefällt bestimmt allen ganz gut; denn so wird der Abend ein bisschen kürzer.

Herr Kollege Vogt hat soeben formuliert, dass vieles im Bereich der landespolitischen Medienarbeit in Nordrhein-Westfalen, was in rot-grüner Zeit angelegt worden ist, fortgeführt wird, und hat das entsprechend kritisiert.

Herr Kollege Vogt, es ist doch gut, dass viele relevante Projekte weitergeführt und weiter finanziert werden. Dies ist nicht kritikwürdig, sondern es ist zu loben, dass viele angelegte gute Projekte weitergeführt werden – zum Beispiel die Zusammenführung der Internationalen Filmschule Köln und des Cologne Game Lab in der Schanzenstraße. Dieses ganz wichtige Projekt, das in unserer Regierungszeit angelegt worden ist, wird jetzt dort umgesetzt. Das ist zu loben.

Auch zu loben ist, dass Sie die Förderung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Nordrhein-Westfalen fortsetzen. Wir haben am letzten Freitag mit dem beeindruckenden Weihnachtskonzert des WDR und des Landes Nordrhein-Westfalen in Köln erlebt, dass wir hier einen starken öffentlich-rechtlichen Sender haben, der mit den entsprechenden Orchestern, die unterstützt und betrieben werden, eine wichtige Kraft im Kulturgeschäft dieses Landes darstellt. All das wird fortgeführt.

Von grüner Seite begrüßen wir sehr, dass die Film und Medien Stiftung NRW nicht nur weiter gefördert wird, sondern auch stärker gefördert wird. Im Zusammenhang damit gebührt der Landesregierung durchaus unser Dank dafür, dass dort mehr Geld in die Hand genommen wird. Ich hoffe, dass die Landesregierung das entsprechend verstetigen kann.

Liebe Kollegin Stullich, Sie haben eben die beeindruckende neue Serie „Babylon Berlin“ von Tom Tykwer angesprochen. Auf diese Serie sind wir alle sehr gespannt. Ich würde mir aber durchaus wünschen, dass wir die nächsten großen Serienprojekte, die Sie soeben angekündigt haben, zeitgleich auch im öffentlich-rechtlichen Fernsehen, das wir stärken und stützen und mit dem Rundfunkbeitrag ausgestattet haben, sehen können. Wer Netflix nutzt, kann zwar „Babylon Berlin“ heute schon über diesen Zugang sehen. Im öffentlichen-rechtlichen Fernsehen, und zwar in der ARD, läuft diese Serie aber erst im Herbst 2018.

Wenn Sie den Serienstandard Nordrhein-Westfalen stärken wollen – hoffentlich mit qualitativ hochwertigen Serien –, würden wir uns schon wünschen, dass das Ganze dann auch zeitgleich oder zeitnah auf den Sendern zu sehen ist, zu denen alle Menschen Zugang haben, und nicht nur Dinge gefördert werden, die zunächst ein Jahr oder zwei Jahre lang auf Bezahlprogrammen laufen.

Von grüner Seite stimmen wir dem Medienhaushalt – wie insgesamt dem Kulturbereich – zu. Das haben wir auch im Ausschuss signalisiert. Aus den bekannten Gründen lehnen wir den Gesamthaushalt ab. Im Medienbereich haben Sie aber unsere Unterstützung.

Wir finden es gut, dass es eine Bestands- und Existenzgarantie für viele wichtige Projekte gibt, und sind gespannt auf das, was kommt. Sie dürfen uns gerne

mit neuen Vorschlägen, mit innovativen Projekten und mit einer Weiterentwicklung des Medienforums – das ist ja angekündigt worden – überraschen. Da gibt es noch viel zu tun. Wir sind einmal gespannt, ob die großen Ankündigungen – auch des Kollegen Nückel –, die damals im Raum standen, 2018 wirklich realisiert werden. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Klocke. – Der angesprochene Herr Nückel kommt nun für die FDP-Fraktion zum Pult und stellt die Sicht seiner Fraktion dar. Bitte schön, Herr Nückel. Sie haben das Wort.

Thomas Nückel (FDP): Vielen Dank. – Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Klocke, das waren zwar nicht 1:30 Minuten. Aber ich war auch fleißig. Deswegen werden es jetzt 3:30 Minuten.

Lieber Kollege Vogt, ich fand Ihre Aufzählung toll. Ja, wir haben wirklich große Sender in Nordrhein-Westfalen – WDR, RTL –, und wir haben viele großartige Verlage in Nordrhein-Westfalen. Aber damit haben Sie doch nichts zu tun.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ich hatte fast schon gedacht, dass Sie auch noch die Erfindung der Druckerpresse mit zu Ihrer Erfolgsbilanz zählen.

(Heiterkeit und Beifall von der FDP und der CDU)

Im Zusammenhang mit den Verlagen müssen wir dann doch vielleicht eher den Militärkommandanten der Jahre 1945 und 1946, die die Lizenzen an demokratisch gesinnte Verleger vergeben haben, Dank aussprechen. Ich mache Ihnen ja auch nicht zum Vorwurf, dass es mittlerweile weniger Verlage geworden sind und wir deswegen zu Recht alle zusammen darauf achten, dass die Medienvielfalt erhalten bleibt oder wir sie zumindest ein Stück weit zurückholen. Das war Ihrerseits etwas zu viel Lob für Rot-Grün. Damit haben Sie überhaupt nichts zu tun.

In den Bereichen, für die Sie Verantwortung getragen haben, ist das Land aber im Ranking ordentlich nach hinten gerückt. Das war nicht gut.

Die im Ausschuss angekündigte Enthaltung der SPD zum vorgelegten Medienetat – ich weiß nicht, ob sie das später noch weiter fortsetzen wird – ist ja erfreulich. Dann geht Ihre Forderung nach Konzepten, die Sie selbst in den letzten sieben Jahren nicht geliefert haben, auch in Ordnung. Jetzt aber Konzepte als Schnellschuss zu fordern, ist dann eher Heldenmut nach Ladenschluss.

Sie haben in sieben Jahren das Medienforum step-by-step gründlich in der Ausstrahlung und im Image ruiniert. Es kamen ja beim letzten Mal nun wirklich nicht mehr viele von außerhalb des Landes. Das müssen Sie wohl zugeben. Es mag auch sein, dass die Zeit für solche Veranstaltungen mittlerweile zu Ende geht. Auch in anderen Bundesländern macht man ja die Erfahrung, dass man sich auf eine andere Veranstaltungsform konzentrieren muss.

Deswegen werden wir uns die Zeit dafür nehmen, nach den sieben miserablen Jahren erst einmal die sieben Brücken zu bauen, um in Gesprächen mit Akteuren aus der Szene etwas Neues, Vernünftiges, Zukunftsträchtiges auf den Weg zu bringen.

Ihre Regierungszeit war im Medienbereich eher von der Verweigerung, die Zukunft zu gestalten, und von Behäbigkeit und Bevormundung geprägt. Das muss man als Fazit ziehen.

Insofern war der Beitrag der Opposition – das ist an sich nichts Neues – ein bisschen „lost in space“. Ich habe schon im Ausschuss laut überlegt, ob es daran liegt, dass sich der Godfather der ehemaligen NRW-SPD-Medienpolitik auf den rettenden Planeten Hypocrite bei Mainz gerettet hat. Aber jetzt wissen wir, dass es eine sehr harte, unglückliche Landung war. So lässt sich ein aktueller Gerichtsentscheid deuten.

Wir verändern vielleicht nicht so sehr – dieser Hinweis ist ja richtig – die Einzelpunkte im Etat. Aber der Spirit hat sich verändert. So ist beispielsweise bei einer medienpolitischen Debatte im Landtag Nordrhein-Westfalen – wann hatten wir das in den letzten sieben Jahren? – der Ministerpräsident anwesend. Wir haben doch nicht nur heute gefragt: „Wo ist Hannelore Kraft?“, sondern wir haben in den Mediendebatten der letzten sieben Jahre gefragt: „Wo ist Hannelore Kraft?“

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von der SPD: Wer ist denn der Medienminister? Er müsste immer da sein, wenn es um Medien geht!)

Mich deutet – das ist dann auch eine Premiere –, er wird heute sogar zu dem Medienthema reden. Das ist doch schon einmal ein Unterschied.

(Zuruf von der SPD: Wer ist denn der Medienminister? Er müsste immer da sein, wenn es um Medien geht! – Weitere Zurufe von der SPD)

Na ja; die Medienpolitik war auch in der Staatskanzlei verankert. Ich meine, bei den Sektempfängen und den Eröffnungen war sie auch immer vertreten – nur nicht, wenn es um den Content ging; aber gut.

(Heiterkeit und Beifall von der FDP und der CDU)

Unser Leitbild ist es – das ist auch etwas anderes –, für mehr Freiheit, für mehr Vielfalt und für mehr neue

Ideen in diesem Bereich zu sorgen. Wir halten da auch Wort – Beispiel: Filmstandort NRW. Nach Jahren zurückgehender Unterstützung durch die abgewählte Landesregierung sieht der Regierungsentwurf zum einen allein 1,7 Millionen € zusätzlich zur Stärkung des Film- und Medienstandorts und auch zur Digitalisierung des Filmerbes vor.

Dabei bleibt es aber nicht: Wir legen aufgrund der Änderungsanträge der Fraktionen der FDP und der CDU 1 Million € obendrauf, um den Standort zu verbessern und um – so viel zum Spitzenwert von NRW – endlich wieder Anschluss an die Länder zu finden, die da leider vorausgeritten sind, zum Beispiel Bayern und Brandenburg/Berlin. Wir stellen jetzt mehr Fördermittel zur Verfügung, um den Abstand etwas zu verringern. Das wird nicht leicht. Aber wir gehen diese Aufgabe an. Insofern unterstreichen wir auch die richtige Rolle von Nordrhein-Westfalen als Medienstandort. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Nückel. – Für die AfD-Fraktion spricht nun Herr Tritschler.

Sven Werner Tritschler (AfD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Kapitel „Medienpolitik“ hätte man gut und gerne auch mit dem Begriff „Volkserziehung“ überschreiben können. Offenbar reicht es Ihnen nicht, für 9 Milliarden € beim Rundfunk einen eigenen Zirkus überbezahlter Hofberichterstatter zu unterhalten. Nein, es müssen natürlich auch Filme gefördert werden – übrigens sehr zur Freude der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, die in fast allen Fällen starken Einfluss auf die Inhalte der Filme nehmen; denn nur wenn sie an Bord sind, können die Produzenten überhaupt genug Eigenmittel vorweisen, um als förderwürdig zu gelten.

Was dabei dann herauskommt, überrascht wenig. Nachdem zunächst die Rundfunk- und dann die Förderbürokratie, die Sie, meine Damen und Herren, mit handverlesenen Vertrauensleuten besetzt haben, ihre Wahl getroffen haben, bleibt nur noch links-grüner Mittelmaßfilm übrig.

(Beifall von der AfD)

Er erfüllt dann zwar alle Gender-, Ausländer- und Sonst-was-Quoten und rührt nicht am sorgfältig gezimmerten politisch korrekten Weltbild, bleibt aber auch erfolglos. Wäre der armselige Propaganda-„Tatort“ vom vergangenen Sonntag ein Kinofilm, wäre er wahrscheinlich übergroßzügig mit Steuermitteln versorgt worden.

(Zuruf von der CDU: Fühlten Sie sich angesprochen?)

Kein Mensch außer Ihrer wohlstandsverwahrlosten Klientel will so etwas sehen.

(Beifall von der AfD – Zurufe von der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

So müssten Sie, so müsste man sich nach Jahrzehnten dieser Praxis fragen, warum der deutsche Film immer noch ein klägliches Schattendasein fristet und warum die deutsche Filmwirtschaft in den letzten Jahren nichts, aber auch gar nichts hervorgebracht hat, was auch nur einen Euro Steuergeld rechtfertigt.

Aber das tun Sie nicht. Bei einer rot-grünen Landesregierung würde uns das auch nicht sonderlich überraschen. Schließlich müssen die eigenen Parteigänger gefüttert werden, und die eigene Agenda muss auf allen verfügbaren Wegen in die Köpfe der Bürger transportiert werden.

Dass eine schwarz-gelbe Landesregierung diese Praxis aber nicht nur fortsetzt, sondern sie mithilfe weiterer Millionen Euro ausweitet, ist traurig. Das ist eine Kapitulationserklärung. Herr Nückel, da hat sich nicht einmal der Spirit geändert.

Da hilft es auch nicht, dass Sie diese Tatsache hinter wohlklingenden Modebegriffen wie „Multimedia“, „Gaming“ und „Mobile“ verbergen. Im Kern machen Sie mit der alten linken Fördersoße weiter, bei der am Ende nur noch unverkäuflicher, mittelmäßiger, aber politisch einwandfreier Content-Müll produziert wird.

(Beifall von der AfD)

Da wundert es mich etwas, dass der Kollege Voigt hier so kritisch ist; denn eigentlich müsste er sehr zufrieden sein. Aber wahrscheinlich war das auch eine wertvolle schauspielerische Leistung und ist daher förderwürdig.

(Beifall von der AfD)

Wir sind jedenfalls nicht bereit, diese umlackierte Linkspolitik mitzutragen, und lehnen den Einzelplan daher ab.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Tritschler. – Nun spricht für die Landesregierung Herr Ministerpräsident Laschet.

Armin Laschet, Ministerpräsident: Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nordrhein-Westfalen von einer kreativen und innovativen heimischen Medienwirtschaft als Medienland, als Mediendigitalland weiterentwickeln, Medienkompetenz stärken, in der digitalen Gesellschaft auch Medienethik im Blick haben – das ist mehr als das, was Sie gerade in dieser Polemik vorgetragen haben. Denn es gibt viele Menschen, die ihre Arbeit der

Medienwirtschaft in unserem Land verdanken. Insofern ist eine Landesregierung aufgefordert, sich um dieses Thema auch unter diesem Aspekt zu kümmern. Deshalb war das ein erbärmlicher Beitrag.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Eines der Themen, bei denen wir mitspielen wollen

(Zuruf von der AfD)

– ich erkläre Ihnen das gleich –, ist die Film und Medien Stiftung NRW, eine der bedeutendsten Förderinstitutionen Deutschlands. Ihre Förderprogramme tragen erheblich zu Stärkung der Wertschöpfung am Film- und Fernsehstandort Nordrhein-Westfalen bei.

(Zurufe von der AfD)

Neben den klassischen Bereichen Film und Fernsehen setzen wir verstärkt auf die Bereiche Games, Webvideo und crossmediale Inhalte.

Folgendes war für mich schon überraschend: Ich habe kürzlich am Deutschen Entwicklerpreis teilgenommen. In diesem Rahmen kommt die Landschaft aus ganz Deutschland nach Nordrhein-Westfalen, weil wir hier so kreativ sind. Da wurde mir gesagt, das sei das erste Mal, dass ein Ministerpräsident daran teilnehme. Das ist aber ein Zukunftsbereich unseres Wirtschaftsstandorts.

Deshalb gilt: Die gamescom, der Deutsche Entwicklerpreis und im nächsten Jahr ein Games-Gipfel, zu dem ich einladen werde, sollen auch dieses neue Feld in den Blick nehmen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Bei der Film und Medien Stiftung haben wir bei der Vorgängerregierung erlebt, dass die Mittel immer weiter gekürzt worden sind. Wir werden im Jahre 2018 diesen Trend umkehren. Mit 1 Million € zusätzlich und dem Änderungsantrag der Fraktionen werden über 2 Millionen € mehr und damit 11 Millionen € im nächsten Jahr für dieses wichtige Feld bereitstehen.

Im Rahmen einer Digitalisierungsoffensive wollen wir mit rund 700.000 € dazu beitragen, das Filmerbe in Deutschland mit einem eigenen Förderbereich Nordrhein-Westfalen zu bewahren.

Zu den digitalen Medien ist bereits einiges gesagt worden. Konsens gibt es in der Frage der Medienkompetenz, die wir ebenfalls stärken wollen; denn das ist für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft ein zunehmend wichtiger Bereich.

Sie haben hier ähnlich wie beim Thema „Europa“ gesagt: Das sind ja alles die gleichen Haushaltsstellen; also ändert sich nichts an der Politik. – Ich nenne Ihnen einmal ein Beispiel. Ich habe es für einen fatalen Fehler gehalten, dass der frühere Staatssekretär für Medien hier wenige Tage vor der Abstimmung

durchgesetzt hat, dass ab dem 1. Januar 2019 Werbefreiheit in bestimmten Programmen des WDR verordnet werden soll. Bei meiner ersten Ministerpräsidentenkonferenz haben mir 15 andere Ministerpräsidenten, egal welcher Farbe, gesagt, dass das erstens eine Schwächung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und zweitens auch eine Schwächung unseres Landessenders WDR war.

(Zuruf von Dr. Dennis Maelzer [SPD])

Wir werden das korrigieren. Wir werden nun zwei Jahre lang evaluieren, welche Wirkung das überhaupt im dualen System und für den Werbemarkt, um den es hier geht, hat.

(Marc Herter [SPD]: Interessant, Herr Laschet!)

Das ist ein neuer Kurs. Diese Politik von Herrn Eumann ist beendet. Wir stehen zum WDR und zum dualen System. Wir werden einen Konsens zwischen Verlegern und öffentlich-rechtlicher Landschaft herstellen,

(Marc Herter [SPD]: Wer zahlt denn den Konsens, Herr Laschet?)

weil das die eigentliche Stärke unseres Landes ist: ein starker öffentlich-rechtlicher Rundfunk und Verleger, die ebenfalls ihren Raum für eine freie Presse haben.

Wir werden das korrigieren und werden es Ihnen schon im Januar 2018 hier im Landtag Nordrhein-Westfalen vorlegen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Landesregierung hat ihre Redezeit um 1:40 Minuten überzogen. Ich frage in die Runde, ob es Wünsche der Fraktionen gibt, ebenfalls weitere Redezeit in Anspruch zu nehmen. – Das ist erkennbar nicht der Fall.

Damit sind wir am Schluss der Aussprache zu Teil d, Medien, des Einzelplans 02 angelangt und kommen zu den Abstimmungen.

Wir stimmen zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/1542 ab. Wer möchte diesem Änderungsantrag seine Zustimmung geben? – Das sind die anwesenden Abgeordneten der AfD. Gegenstimmen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen.

(Roger Beckamp [AfD]: Die anwesenden SPD-Abgeordneten!)

– Der anwesenden Abgeordneten selbstverständlich. Alle nicht Anwesenden können ja auch nicht abstimmen.

(Roger Beckamp [AfD]: Sonst sparen Sie sich das!)

Enthaltungen? – Enthaltungen sehe ich bei den anwesenden fraktionslosen Abgeordneten Langguth und Neppe. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich lasse des Weiteren über den Einzelplan 02 abstimmen. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in der Drucksache 17/1502, den Einzelplan 02 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung.

Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Abgeordneten der Fraktionen der CDU und der FDP. Gegenstimmen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und AfD sowie die fraktionslosen Abgeordneten Langguth und Neppe. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Einzelplan 02 in der zweiten Lesung in der Fassung der Beschlussempfehlung angenommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir unterbrechen an dieser Stelle die Haushaltsberatungen und führen sie morgen unter Tagesordnungspunkt 2 fort – dann zu den Einzelplänen 07, 09, 05, 11, 10, 01, 13 und 16.

Ich rufe auf:

2 Gebrochene Wahlversprechen und kein Ende: Was tut die Landesregierung gegen die Staus in Nordrhein-Westfalen?

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/812

Beschlussempfehlung und Bericht
des Verkehrsausschusses
Drucksache 17/1405

Ich eröffne die Aussprache. Für die Fraktion der CDU hat der Abgeordnete Lehne das Wort. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Olaf Lehne (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Antrag wurde ja bereits im zuständigen Ausschuss besprochen. Es gibt Anträge von Fraktionen, die verwundern, und zwar deshalb, weil man sich mit Anträgen auch wirklich blamieren kann.

(Zuruf von Dr. Dennis Maelzer [SPD])

Nordrhein-Westfalen ist mit 18 Millionen Einwohnern das bevölkerungsreichste Bundesland und Verkehrsdurchfahrtsland Nummer eins. Dauerstaus sind einer der größten Umweltverschmutzer, Nerventöter und Bruttosozialproduktvernichter, die es gibt.